Präferenzen der Bevölkerung für Staatsausgaben und Steuern

Ein Auswahlexperiment auf Basis der IW-Personenbefragung

Martin Beznoska

Köln, 10.11.2026

IW-Report 48/2026

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Herausgeber
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.
Postfach 10 19 42
50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

LinkedIn
@Institut der deutschen Wirtschaft

Instagram
@IW_Koeln

Autor

Dr. Martin Beznoska
Senior Economist für Finanz- und Steuerpolitik
beznoska@iwkoeln.de
030 – 27877-101

DOI: 10.67087/12.21642

Weitere Studien des Instituts der deutschen Wirtschaft finden Sie unter www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatikalische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:
Oktober 2026

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung **4**

1 Einleitung **5**

2 Daten, Experimentdesign und Modell **6**

2.1 Datengrundlage und Fragebogen 6
2.2 Conjoint-Experiment 7
2.3 Schätzmodell 8
2.4 Fiskalische Trade-offs 10

3 Ergebnisse **10**

3.1 Präferenzen in der Gesamtstichprobe 10
3.2 Trade-offs zwischen Staatsausgaben und Steuern 12
3.3 Heterogenität: Ergebnisse nach Parteipräferenz 14
3.4 Heterogenität: Einkommen, Agglomerationsstufe, Alter und Geschlecht 21
3.5 Robustness: Linear Probability Model, AMCEs und Importance der Attribute 23

4 Fazit und Handlungsableitungen **25**

5 Abstract **27**

Tabellenverzeichnis **28**

Abbildungsverzeichnis **29**

Literaturverzeichnis **30**

Anhang **31**

JEL-Klassifikation

H50 – Staatsausgaben: Allgemeines
H31 – Fiskalpolitik und Verhalten der Wirtschaftssubjekte: Private Haushalte
H20 – Steuern, Subventionen und Staatseinnahmen: Allgemeines
C25 – Diskrete Regressionsmodelle und qualitative Auswahlmodelle; Diskrete Regressoren; Größenverhältnisse; Wahrscheinlichkeiten

Danksagungen

Ich möchte vor allem den Initiatoren der IW-Personenbefragung Judith Niehues, Matthias Diermeier und Konrad Doliesen danken für die Ermöglichung der Integration des Auswahlexperiments, die Durchführung der Befragung und die Bereitstellung der Daten. Die vorliegende Studie profitierte zudem enorm von ihrer Unterstützung und den Diskussionen rund um das Experiment. Außerdem bin ich dankbar für sehr hilfreiche Kommentare und Anregungen rund um das Design des Experiments von Christian Oberst und Anmerkungen verschiedener Mitglieder der Mikrodaten-Forschungsgruppe im IW. Ich danke für fruchtbare Diskussionen um Konzeption und Ausrichtung der Studie Alexander Burstedde und Tobias Hentze.

Zusammenfassung

Die öffentlichen Haushalte stehen unter Druck, denn die Aufgaben für die Fiskalpolitik sind herausfordernd. Steigende Ausgabenbedarfe und begrenzte Haushaltsspielräume erfordern Priorisierung: Infrastruktur muss modernisiert, Verteidigung gestärkt und die soziale Sicherung unter demografischem Wandel finanziert werden. Zugleich sind zusätzliche Steuern politisch umstritten, und eine höhere Kreditaufnahme begrenzt künftige Handlungsspielräume und gefährdet die fiskalische Tragfähigkeit. Die vorliegende Studie untersucht vor diesem Hintergrund gesellschaftliche Präferenzen für Staatsausgaben und Steuern mit einem Auswahlexperiment in der repräsentativen IW-Personenbefragung 2025. Die Befragten wählten dazu jeweils zwischen zwei hypothetischen zufällig generierten Fiskalpaketen, in denen Veränderungen in vier Ausgabenkategorien (Infrastrukturinvestitionen, Soziale Sicherung, Verteidigung und Bildung) und zwei Steuerarten (Einkommensteuer und Mehrwertsteuer) kombiniert wurden.

Im Ergebnis erhöhen zusätzliche Bildungsausgaben die Zustimmung zu einem Politikpaket am stärksten. Eine Erhöhung um 20 Milliarden Euro steigert die geschätzte Zustimmungswahrscheinlichkeit gegenüber unveränderten Ausgaben um 8,3 Prozentpunkte. Auch höhere Infrastrukturinvestitionen werden in der Bevölkerung durchgängig positiv wahrgenommen und steigern die Zustimmung um 5,1 Prozentpunkte. Bei den Kategorien Soziale Sicherung und Verteidigung flacht der Zustimmungsgewinn oberhalb von zusätzlichen 10 Milliarden Euro ab – eine weiter Erhöhung der Ausgaben erhöht die Zustimmungswahrscheinlichkeit nicht weiter. Steuererhöhungen senken die Zustimmung deutlich, während Entlastungen positive Effekte haben, allerdings quantitativ geringer. Eine zusätzliche Einkommensteuerbelastung von 1.000 Euro für einen Durchschnittsverdiener senkt die Zustimmung zu einem Politikpaket um 10,3 Prozentpunkte, während die Steuersenkung um den gleichen Betrag nur einen positiven Effekt von 2,7 Prozentpunkten hat. Besonders stark fällt die Ablehnung einer Mehrwertsteuererhöhung auf 21 Prozent aus (−13,5 Prozentpunkte).

Die Bereitschaft Mehrausgaben durch höhere Steuern zu finanzieren, bleibt begrenzt. Nur bei Bildung liegt die geschätzte Zahlungsbereitschaft in der Größenordnung der Mehrausgaben: Für zusätzliche 10 Milliarden Euro beträgt sie unter der fiskalischen Skalierung des Experiments rund 11,5 Milliarden Euro bei der Einkommensteuer und 9,3 Milliarden Euro bei der Mehrwertsteuer. Ein Zustimmungsgewinn bei vollständiger Steuerfinanzierung ist auch hier statistisch nicht gesichert. In den übrigen Ausgabenfeldern liegt die Zahlungsbereitschaft signifikant unter dem Finanzierungsbedarf. Einsparungen bei den anderen Ausgabenarten zugunsten der Bildung können dagegen die Zustimmung erhöhen.

Die Heterogenitätsanalysen nach verschiedenen Merkmalen der Befragten zeigen leichte Unterschiede in den Präferenzen: Bildung findet parteiübergreifend Unterstützung, Soziale Sicherung ist besonders Anhängern linker Parteien und Haushalten mit niedrigem Einkommen wichtig, Verteidigung vor allem Anhängern von CDU/CSU. Frauen gewichten Bildung und soziale Sicherung stärker als Männer und reagieren zugleich ablehnender auf Steuererhöhungen. Auch im ländlichen Raum fällt die Ablehnung höherer Steuern stärker aus als in Städten.

Die Befunde stützen prinzipiell weder steuerfinanzierte Mehrausgaben noch ausgabenfinanzierte Steuersenkungen. Angesichts knapper Spielräume und gesellschaftlicher Herausforderungen erzwingt dies jedoch kein Festhalten am Status quo, sondern verlangt eine gezielte Ausgabenpriorisierung. Wo der Staat Schwerpunkte setzt, muss er gesellschaftliche Akzeptanz berücksichtigen und den Nutzen zusätzlicher Mittel in einem Bereich und Einsparungen in anderen Bereichen überzeugend vermitteln.

1 Einleitung

Deutschlands Fiskalpolitik steht Ende 2026 vor großen Herausforderungen, um die ausgemachten Ausgabenbedarfe zu finanzieren. Eine stärkere Finanzierung über Steuern und Sozialbeiträge ist politisch umstritten, da die Abgabenquote bereits auf einem historischen hoch ist (42 Prozent; vgl. Bardt et al., 2026). Gleichzeitig steigen bei einer Kreditfinanzierung die Zinsausgaben und schränken künftige Haushaltsspielräume ein. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote ist im Jahr 2025 von 62,2 Prozent auf 63,5 Prozent des BIP gestiegen (Deutsche Bundesbank, 2026). Ein weiterer Anstieg ist absehbar. Die Schuldenbremsen für den Bundeshaushalt und die Länderhaushalte schränken zwar die Verschuldungs- und Handlungsspielräume ein, die Bereichsausnahme für Verteidigung und Sicherheit, das Bundeswehr-Sondervermögen und das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität ermögliche jedoch jenseits davon eine zusätzliche Nettokreditaufnahme.

Gleichzeitig sorgen die Regelungen für eine Verschiebung der Prioritäten auf der Ausgabenseite. Der Bundeshaushalt 2025 weist für Sicherheits- und Verteidigungsausgaben Ausgaben nach NATO-Definition von bereits 2,4 Prozent des BIP aus und diese Quote soll weiter steigen. Parallel dazu sollen die Investitionsrückstände vor allem der öffentlichen Infrastruktur über das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) mit einem Verschuldungsvolumen von 500 Milliarden Euro aufgeholt werden. Der Ausgabenbereich der sozialen Sicherung, der sowohl die Grundsicherung und andere soziale Leistungen wie das Wohngeld umfasst, aber auch den Leistungsumfang der Sozialversicherungen miteinschließt, steht unter großem demografiebedingten Finanzierungsdruck. Vor diesem Hintergrund steht die Politik sowohl beim Bund als auch bei Ländern und Kommunen vor den grundlegenden Fragen, welche Ausgaben- und Steuerpfade gesellschaftlich akzeptiert werden und wo die Bevölkerung Prioritäten setzt.

Bisherige Bevölkerungsumfragen erfassen fiskalische Präferenzen oft eindimensional, etwa isoliert nach Zustimmung zu mehr Investitions- oder Verteidigungsausgaben oder zu Kürzungsplänen der Regierung. Solche Einzelabfragen blenden jedoch die inhärenten Trade-offs zwischen konkurrierenden Ausgaben und den notwendigen Finanzierungsinstrumenten aus. Somit können Zustimmungswerte verzerrt sein, zum Beispiel pro Ausgabenausweitung, wenn nicht klar ist, wer diese Ausgaben durch höhere Steuern zu tragen hat. Während gleichzeitig die Zustimmung zu höheren Steuern niedrig sein kann, wenn die Befragten selbst betroffen sind. Aktuelle Studien auf internationaler Ebene zeigen, dass Conjoint-Experimente diese Mehrdimensionalität abbilden können: In Polen akzeptierten Bürgerinnen und Bürger in einem Conjoint-Setting Steuererhöhungen, um bestimmte Ausgabenbereiche des Staates zu stärken. Zudem befürworteten sie progressive gegenüber regressiven Steuerinstrumenten (Bartak et al., 2025). Für Deutschland liegen erste Hinweise aus Best-Worst-Scaling-Analysen vor, dass die Rangfolge von Ausgabenkategorien stark nach Parteipräferenz variiert (Lohse et al., 2026). Gleichwohl fehlt bislang eine umfassende, simultane Messung von Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger über integrierte Steuer- und Ausgabenpakete, die systematisch die Abwägung zwischen Mehr- und Minderausgaben und der steuerlichen Mehr- oder Minderbelastung abbildet.

Die vorliegende Studie schließt diese Lücke mit einem Paired-Conjoint-Experiment, das im Rahmen der IW-Personenbefragung Ende Juni 2025 durchgeführt wurde. Innerhalb der repräsentativen Haushaltsbefragung werden den Befragten acht Entscheidungssituationen vorgelegt, in denen sie jeweils zwischen zwei zufällig generierten Fiskalpaketen wählen. Jedes Paket kombiniert dabei sechs Attribute – vier Ausgabenkategorien (Investitionen in die Infrastruktur, Verteidigungsausgaben, Soziale Sicherung, Bildung) sowie zwei Steuerinstrumente (Einkommensteuer, Mehrwertsteuer). Ziel ist es Trade-offs zwischen diesen Kategorien zu

identifizieren und die Bereitschaft für Repriorisierung von Ausgaben und Veränderungen bei den Steuern zu quantifizieren. Mithilfe eines McFadden‘s Choice-Modells wird die „Willingness-to-Pay” für Politikpakete berechnet (McFadden, 1974). Somit lassen sich Fragen beantworten wie: Würde eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben um einen bestimmten Betrag finanziert durch eine Erhöhung der Einkommensteuer die Zustimmungswahrscheinlichkeit eines Politikpakets erhöhen? Würde die Senkung der Ausgaben für Soziale Sicherung bei gleichzeitiger Erhöhung der Ausgaben für Bildung den Nutzen der Befragten aus den Staatsausgaben erhöhen? Außerdem soll Heterogenität der Ergebnisse in Bezug auf sozio-ökonomische Charakteristiken und nach Partei-Präferenzen untersucht werden.

Choice-Experimente zur Abschätzung von Policy-Präferenzen sind in der politikwissenschaftlichen Literatur weit verbreitet. Hainmueller et al. (2014) beschreiben ein Paired-Conjoint-Design, in dem zufällige Ausprägungen der Attribute zu der kausalen Interpretation der Koeffizienten und der Schätzung von Wählerpräferenzen genutzt werden können. Die dort verwendeten Schätzmodelle zur Bestimmung der Average Marginal Component Effects (AMCE) werden zur Robustheitsanalyse in der vorliegenden Studie ebenfalls berechnet. Bremer und Bürgisser (2023) nutzen ebenfalls ein Survey-Conjoint-Experiment durchgeführt in Deutschland, Spanien, Italien und Großbritannien, um in einem budgetneutralen Setting die Zustimmung zu höheren Staatsausgaben bestimmter Ausgabenkategorien zu schätzen, wenn allgemeine Einkommensteuer, Steuer für sehr hohe Einkommen, Mehrwertsteuer und Schulden zur Finanzierung genutzt werden können. Im Ergebnis zeigt die Studie, dass Wählerinnen und Wähler Fragen der Staatsverschuldung geringer gewichten als Entscheidungen über Ausgaben und Steuern. Unter Budgetrestriktionen überwiegt die Ablehnung von Ausgabenkürzungen und allgemeinen Steuererhöhungen, während Schulden und Steuererhöhungen für hohe Einkommen eher Zustimmung finden, um Ausgabenkürzungen zu vermeiden. Die Präferenzmuster sind über sozioökonomische Gruppen hinweg weitgehend stabil, während sich stärkere Vorbehalte gegenüber höherer Verschuldung vor allem rechts der Mitte und in Ländern mit jüngerer Staatsschuldenkrise finden.

Die vorliegende Studie nutzt ein ähnliches Setting mit einigen entscheidenden Unterschieden, die die Literatur erweitern: Erstens dokumentiert sie erstmals in Deutschland präzise Nutzenkoeffizienten für sechs zentrale fiskalische Stellschrauben in einem gemeinsamen Design. Zweitens erlaubt die Schätzung monetarisierter Trade-offs, etwa wie viele Euro zusätzlicher Einkommensteuer die Bevölkerung für 10 Milliarden Euro zusätzliche Bildungsausgaben zu tragen bereit ist. Drittens zeichnet sie ein detailliertes Parteiprofil der Fiskalpräferenzen, differenziert nach weiteren sozio-ökonomischen Charakteristiken und knüpft damit an die jüngsten Evidenzen zu parteispezifischen Ausgabenprioritäten an (vgl. Lohse et al., 2026).

2 Daten, Experimentdesign und Modell

2.1 Datengrundlage und Fragebogen

Die Datengrundlage für das Conjoint-Experiment zur Schätzung der finanzpolitischen Präferenzen bildet die IW-Personenbefragung, die im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft im Sommer 2025 (25.06. - 03.07.2025) durchgeführt wurde. Über das Online-Access-Panel von Bilendi & respondi wurden deutschlandweit 5.425 Personen ab 18 Jahren befragt. Die Stichprobe wurde anhand der Merkmale Geschlecht und Alter, Wohnsitz nach Bundesland sowie monatliches Haushaltsnettoeinkommen quotiert, um die entsprechenden Strukturen der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland repräsentativ abzubilden. Letztendlich liegt die Nettostichprobe bei 5.293 Befragten. Für die jeweiligen Haushalte liegen neben sozio-ökonomischen

Informationen zum Haushalt und zur Einkommenssituation auch Parteipräferenzen vor, die im Rahmen einer „Sonntagsfrage“ erhoben wurden.
Im Abschnitt für das Choice-Experiment wird den Befragten zunächst ein Einleitungstext und eine Beschreibung des Experiments sowie der finanzpolitische Hintergrund zu den Attributen gegeben (vgl. im Anhang Abbildung A-1 und Abbildung A-2). Dies umfasst die Beschreibung und Funktion der Ausgabenkategorien und der Steuerarten und bei den Steuern auch eine Beschreibung der Auswirkungen, die eine Veränderung auf die Steuerdestinataren hat. Anschließend bearbeitet jeder Befragte acht aufeinanderfolgende Entscheidungssituationen. In jeder Situation werden zwei alternative finanzpolitische Programme gegenübergestellt, von denen eines zwingend ausgewählt werden musste. Damit liegen je Person 16 bewertete Politikpakete und acht binäre Entscheidungen vor. Insgesamt umfasst das Design 42.344 Entscheidungssituationen und 84.688 zufälligen Politikpakete. Die Auswertung erfolgt auf der Ebene der einzelnen Politikpakete. Die abhängige Variable nimmt den Wert eins an, wenn das jeweilige Paket innerhalb des Entscheidungspaars gewählt wurde, und andernfalls den Wert null. Die Zeit für die Bearbeitung des Experiments wird ebenfalls aufgezeichnet.

2.2 Conjoint-Experiment

Das Experiment ist als vollständig randomisiertes Paired-Conjoint mit erzwungener binärer Wahl angelegt. Die Befragten vergleichen in jeder Aufgabe zwei hypothetische finanzpolitische Gesamtpakete. Jedes Paket kombiniert immer die gleichen sechs Merkmale, davon vier Ausgabenfelder und zwei Finanzierungsinstrumente. Die vier Ausgabenkategorien umfassen die Bereiche öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, soziale Sicherung, Verteidigung und Bildung. Für jede Ausgabenkategorie werden fünf mögliche Ausprägungen dargestellt, die vollkommen zufällig zugeordnet werden: eine Verringerung der Ausgaben um 20 Milliarden Euro, eine Verringerung um 10 Milliarden Euro, keine Veränderung, eine Erhöhung um 10 Milliarden Euro und eine Erhöhung um 20 Milliarden Euro pro Jahr (vgl. im Anhang Abbildung A-3).

Die Finanzierungsseite wird durch Veränderungen der Einkommensteuer und des Mehrwertsteuersatzes abgebildet. Für diese gibt es ebenfalls fünf Attributsausprägungen, die allerdings abweichend von den Ausgabenkategorien formuliert sind. Bei der Einkommensteuer wird die jährliche Belastung eines alleinstehenden Steuerpflichtigen mit Durchschnittseinkommen um 1.000 Euro oder 500 Euro gesenkt, unverändert gelassen oder um 500 Euro beziehungsweise 1.000 Euro erhöht. Dies soll eine persönliche Betroffenheit auf der Finanzierungsseite deutlich machen. Eine Veränderungsstufe um 500 Euro wird näherungsweise einem gesamtstaatlichen Aufkommenseffekt von 10 Milliarden Euro zugeordnet. Der reguläre Mehrwertsteuersatz variiert zwischen 17, 18, 19, 20 und 21 Prozent, wobei 19 Prozent den Referenzwert bilden. Bezogen auf die Belastung der Konsumenten entspricht ein Prozentpunkt ebenfalls näherungsweise einem fiskalischen Effekt von 10 Milliarden Euro.[1] Um die Auswirkungen einer Mehrwertsteueränderungen noch plastischer zu machen, wird zunächst im Einleitungstext erklärt, dass dies die Verbraucherpreise verändert. Anschließend werden bei den Attributsausprägungen zu der Höhe des regulären Mehrwertsteuersatzes unter der Annahme der vollständigen Überwälzung auf die Verbraucherpreise auch die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Inflationsrate genannt. Die Annahmen führen zu einem groben Inflationseffekt von bis zu etwa 0,5 Prozentpunkten je Prozentpunkt des Mehrwertsteuersatzes. Auch hier ist der Hintergrund die Vorstellung der Befragten über die persönliche Belastung möglichst realitätsnah und greifbar zu beschreiben.

[1] Den gesamtwirtschaftlichen fiskalischen Effekt bei der Erhöhung des regulären Mehrwertsteuersatzes beziffert das BMF auf 16 Milliarden Euro (BMF, 2026), allerdings fällt ein Teil des Aufkommens für Endprodukte (keine Vorleistungen) im Unternehmens- und Staatssektor an. Hier ist die Annahme, dass dieser Teil erstmal nicht die Konsumenten belastet.

Die Skalierung auf 10 Milliarden Euro je Stufe stellt die steuer- und ausgabenpolitischen Veränderungen in annähernd vergleichbaren fiskalischen Einheiten dar und erleichtert die spätere Berechnung von Trade-offs. Die symmetrische Ausrichtung der fünf Ausprägungen bei allen Attributen hilft ebenfalls bei der Interpretation und Vergleichbarkeit ist für die zufällige Zuordnung der Attribute wichtig.

Das Design bildet finanzpolitische Entscheidungen als multidimensionale Zielkonflikte ab. Im Unterschied zu isolierten Fragen nach höheren oder niedrigeren Ausgaben müssen die Befragten zwischen den Politikpaketen wählen, die gleichzeitig Ausgaben- und Steueränderungen enthalten. Dadurch werden relative Präferenzen sichtbar, die bei voneinander getrennten Zustimmungsfragen verdeckt bleiben können. Allerdings stellt das Design keine vollständig bindende staatliche Budgetrestriktion her, weil die zufällig erzeugten Pakete nicht zwingend ein ausgeglichenes Budget aufweisen. Vielmehr können die Befragten implizit auch eine höhere oder niedrigere Kreditaufnahme akzeptieren. Sofern ein Paket nicht in allen Attributen überlegen ist (mehr Ausgaben, weniger Steuern), was statistisch unwahrscheinlich ist, können in der Regel die Präferenzen relativ zueinander identifizieren werden und die Nicht-Einschränkung der Ausprägungen hat eventuell nur Auswirkungen auf die Effizienz der Schätzung und die Höhe der Standardfehler. Die vollständige Randomisierung ermöglicht es, den eigenständigen kausalen Beitrag jeder finanzpolitischen Komponente zur Wahlentscheidung zu identifizieren. Würden höhere Ausgaben aufgrund einer verbindlichen Budgetrestriktion systematisch mit bestimmten Steuererhöhungen oder Kürzungen in anderen Bereichen kombiniert, ließe sich die Bewertung der jeweiligen Ausgabenänderung nicht mehr ohne Weiteres von der Bewertung ihrer Gegenfinanzierung trennen. Die geschätzten Effekte würden sich dann auf vorgegebene Kombinationen beziehen und wären zudem von der gewählten Finanzierungsregel abhängig. In vollständig randomisierten Conjoint-Designs können die marginale Komponenteneffekte demgegenüber unter vergleichsweise geringen Modellannahmen identifiziert werden (Hainmueller et al., 2014). Die fiskalischen Trade-offs zwischen Ausgaben und Steuern werden daher nicht bereits durch das experimentelle Design festgelegt, sondern auf Grundlage der geschätzten Präferenzparameter *ex post* ermittelt.

2.3 Schätzmodell

Die Auswertung des Experiments erfolgt im Rahmen eines McFadden's Choice-Modell, das mit einem Conditional-Logit geschätzt werden kann (McFadden, 1974). Dies trägt der Struktur der Daten Rechnung, weil die Wahlwahrscheinlichkeit eines Politikpakets von dessen Merkmalen relativ zu den Merkmalen des konkurrierenden Pakets abhängt. Dem Modell unterliegt die Random-Utility-Theorie. Für Person i, Entscheidungsaufgabe t und Alternative $j \in \{1,2\}$ wird der latente Nutzen wie folgt beschrieben:

$$(1) \qquad U_{itj} = x'_{itj}\beta + \varepsilon_{itj}.$$

Der Vektor x_{itj} enthält die Ausprägungen der sechs experimentell variierten Attribute. Der Parametervektor β misst deren Beitrag zum systematischen Nutzen eines Politikpakets. Unter der Annahme unabhängig und identisch extremwertverteilter Störterme ε_{itj} ergibt sich die bedingte Wahlwahrscheinlichkeit

$$(2) \qquad P\left(y_{itj} = 1 \,\middle|\, x_{it1}, x_{it2}\right) = \frac{\exp(x'_{itj}\beta)}{\sum_{k=1}^{2} \exp(x'_{itk}\beta)}.$$

In der kategorialen Spezifikation kann die marginale Zustimmungsveränderung für jede Attributsausprägung als Differenz der Wahlwahrscheinlichkeit zu der der Referenzausprägung berechnet werden. Die Referenzausprägung ist immer die mittlere, in der keine Veränderung der jeweiligen Staatsausgaben oder der Steuerart angegeben ist.

Die *Likelihood* wird bei der Schätzung über alle Entscheidungssituationen gebildet. Jede Aufgabe definiert ein eigenes Choice Set und die Schätzung konditioniert darauf, dass innerhalb dieses Sets genau eine Alternative ausgewählt wurde. Merkmale, die innerhalb eines Entscheidungspaars konstant sind, können nicht separat identifiziert werden. Daher können sozio-ökonomische Personenmerkmale wie Alter, Einkommen oder Parteipräferenz nicht als alleinige Haupteffekte in das Conditional Logit eingehen. Sie können jedoch mit den zufällig variierten Profilmerkmalen interagiert werden, um Präferenzunterschiede zwischen Personengruppen zu untersuchen. Zur Vereinfachung der Schätzung und der Berechnung der marginalen Zustimmungswahrscheinlichkeiten kann die Schätzung zur Identifikation der Heterogenität auch in Subgruppen erfolgen.

Die wiederholten Entscheidungen derselben Person sind statistisch nicht als voneinander unabhängig anzusehen. Die Standardfehler werden deshalb in allen Spezifikationen auf Personenebene geclustert. Diese Korrektur erlaubt die Korrelation der Störterme zwischen den acht Entscheidungen beziehungsweise 16 Politikpaketen einer Person, setzt aber die Unabhängigkeit zwischen unterschiedlichen Befragten voraus.

Für die funktionale Form sind zwei Spezifikationen sinnvoll. In der flexiblen Hauptspezifikation werden die fünf Ausprägungen jedes Attributs kategorial modelliert. Als Referenz dient jeweils die Ausprägung ohne Veränderung. Die kategoriale Spezifikation lässt nichtlineare oder asymmetrische Präferenzen zu. Beispielsweise kann die Ablehnung einer Kürzung um 10 Milliarden Euro stärker ausfallen als die Zustimmung zu einer Erhöhung um denselben Betrag. Die Ergebnisse lassen sich gut grafisch auswerten. Ergänzend wird eine lineare Spezifikation geschätzt, in der die Ausgabenänderungen in Einheiten von 10 Milliarden Euro, die Einkommensteueränderung in den fiskalisch vergleichbaren Einheiten und die Veränderung des Mehrwertsteuersatzes in Prozentpunkten eingehen. Die lineare Parametrisierung erleichtert Tests der Koeffizient, den Vergleich zwischen Politikfeldern und die Berechnung fiskalischer Trade-offs, erlegt den Präferenzen jedoch Linearität und konstante Grenznutzen innerhalb der untersuchten Bandbreite auf.

Zusätzlich wird als *Robustness*-Analyse ein lineares Wahrscheinlichkeitsmodell geschätzt:

$$(3) \qquad y_{itj} = \alpha + x'_{itj}\gamma + \theta_t + \delta_j + u_{itj}.$$

Dabei ist y_{itj} der Wahlindikator, θ_t ein Indikator für die Aufgabe (1 bis 8) und δ_j ein Indikator für die Darstellungsposition des Politikpakets (1 oder 2). Bei kategorialer Kodierung der vollständig randomisierten Attribute entsprechen die Koeffizienten γ den durchschnittlichen marginalen Komponenteneffekten relativ zur jeweiligen Referenzausprägung. Sie messen unmittelbar die durchschnittliche Veränderung der Auswahlwahrscheinlichkeit in Prozentpunkten, wenn eine Attributausprägung gegenüber der Referenz verändert wird, wobei über die randomisierte Verteilung der übrigen Attribute gemittelt wird (AMCEs). Die Koeffizienten können direkt mit den Veränderungen der Auswahlwahrscheinlichkeit verglichen werden, die mit den Conditional Logit-Koeffizienten berechnet wurden, unterstellen bei der Schätzung jedoch eine einfachere funktionale Form. Robuste Standardfehler werden auch hier auf Personenebene geclustert.

2.4 Fiskalische Trade-offs

Die lineare Spezifikation der Conditional Logit-Schätzung ermöglicht es, Trade-offs zwischen Ausgabenbereichen untereinander und zu den Steuern zu berechnen. Bezeichnet β_s den Koeffizienten einer zusätzlichen Ausgabeneinheit und β_z den Koeffizienten einer zusätzlichen Steuerbelastung, ergibt sich die kompensierende Veränderung des Steuerinstruments grundsätzlich aus dem negativen Koeffizientenverhältnis:

$$(4) \qquad MRS_{s,z} = -\frac{\beta_s}{\beta_z}.$$

Angenommen höhere Staatsausgaben in der Ausgabenkategorie stiften prinzipiell einen positiven Nutzen und höhere Steuern einen negativen, dann gibt die Kennzahl an, wie hoch die zusätzliche Belastung aus dem Steuerinstrument maximal sein dürfte, um den geschätzten Nutzengewinn einer zusätzlichen Ausgabeneinheit auszugleichen. Bei einer einheitlichen Skalierung in fiskalischen 10-Milliarden-Euro-Einheiten lässt sich das Verhältnis unmittelbar als approximativer finanzpolitischer Trade-off interpretieren. In dem Fall würde ein Wert von 10 Milliarden Euro bedeuten, dass sich positiver Nutzen der Ausgabenerhöhung und negativer Nutzen der Steuererhöhung vollständig ausgleichen und die Befragten indifferent wären. Bei einem Wert über 10 Milliarden Euro ist der Nutzengewinn der Ausgaben höher und bei einem Wert unter 10 Milliarden Euro geringer als der Nutzenverlust der Steuererhöhung. Wenn der Wert 10 Milliarden Euro innerhalb des Konfidenzintervalls der MRS liegt, kann also die Nullhypothese von sich ausgleichenden Effekten nicht abgelehnt werden. Diese Trade-offs lassen sich auch zwischen den Ausgabenkategorien bilden. Hierbei kann überprüft werden, ob eine Ausgabenerhöhung in einem Politikbereich einen Nutzenüberschuss hat, wenn der gleiche Betrag an anderer Stelle eingespart wird.

3 Ergebnisse

3.1 Präferenzen in der Gesamtstichprobe

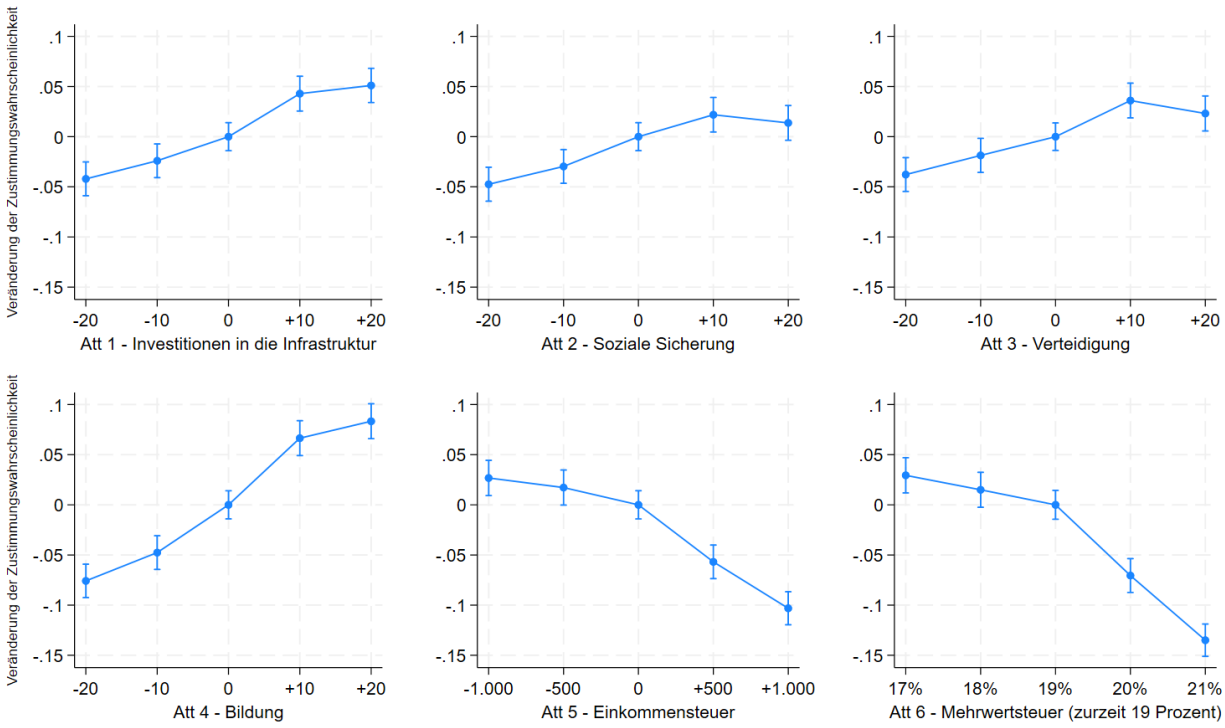
Die empirischen Ergebnisse der Hauptspezifikation sind in Abbildung 3-1 grafisch dargestellt. Sie zeigen die geschätzten Präferenzen der Bevölkerung für die sechs finanzpolitischen Attribute als Veränderungen der Zustimmungswahrscheinlichkeit zu einem Politikpaket. Die Veränderungen der Zustimmungswahrscheinlichkeit sind als Differenz zur Referenzausprägung definiert, die jeweils den Status quo darstellt – also keine Veränderung bei Staatsausausgaben oder Steuern. In Abbildung 3-1 zu sehen ist, dass die geschätzten Effekte der vier Staatsausgabenkategorien ein plausibles Profil aufweisen in dem Sinne, dass mehr Ausgaben *ceteris paribus* einen höheren Nutzen stiften und die Zustimmung erhöhen und weniger Ausgaben den Nutzen reduzieren und somit auch die Zustimmung sinkt. Unterschiede gibt es allerdings trotzdem in den Verläufen der Effektkurven. Bei den beiden Steuerarten ist der Verlauf – wie erwartet – invers, also Senkungen von Steuern erhöhen tendenziell die Zustimmung zu den Politikpaketen, während Erhöhungen die Zustimmung senken.

Die Zustimmung bei Kürzungen der Ausgaben für Investitionen in die Infrastruktur reduziert sich um 2,4 Prozentpunkte bei Kürzungen um 10 Milliarden Euro und um 4,2 Prozentpunkte bei Kürzungen um 20 Milliarden Euro. In die andere Richtung sind die Effekte auch stetig, aber etwas stärker. Die Steigerung um 10 Milliarden Euro erhöht die Zustimmung um 4,3 Prozentpunkte und die um 20 Milliarden Euro um 5,1 Prozentpunkte. Alle Effekte sind statistisch signifikant. Bei der Sozialen Sicherung sind Kürzungen nur minimal unbeliebter

und als bei den Investitionen. Erhöhungen der Ausgaben erhöhen allerdings nicht mehr so stetig die Zustimmung. Eine Erhöhung um 10 Milliarden Euro erhöht die Zustimmung um 2,2 Prozentpunkte, während die stärkere Erhöhung die Zustimmungsveränderung auf 1,4 Prozentpunkte absinken lässt (nicht mehr signifikant von Null verschieden). Bei den Verteidigungsausgaben gibt es einen ähnlichen Verlauf wie bei der Sozialen Sicherung. Kürzungen senken den Nutzen, allerdings sind die Effekte leicht schwächer. Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben erhöht im ersten Schritt die Zustimmung um 3,6 Prozentpunkte. Der weitere Schritt auf 20 Milliarden Euro reduziert die Zustimmung allerdings wiederum etwas auf 2,3 Prozentpunkte. Auch hier ist also der Verlauf nicht linear-steigend und zu starke Erhöhungen der Ausgaben reduzieren die Beliebtheit der Maßnahme.

Abbildung 3-1: Präferenzen für Änderungen von Staatsausgaben und Steuern in der Gesamtbevölkerung

Veränderung der Zustimmungswahrscheinlichkeit zu einem Politikpaket



Anmerkungen: Die Veränderungen der vier Ausgabenkategorien werden in Milliarden Euro gemessen. Die Veränderungen bei der Einkommensteuer in Euro im Jahr für einen Durchschnittsverdiener und die Veränderungen der Mehrwertsteuer in Prozentpunkten des regulären Mehrwertsteuersatzes. Berechnete Wahrscheinlichkeiten aus der Conditional-Logit-Schätzung. Fehlerbalken markieren die 95-Prozent-Konfidenzintervalle.

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Bei den Bildungsausgaben fallen die Effekte deutlich größer als bei den anderen Ausgabenkategorien und der Verlauf ist weitgehend linear. Eine Kürzung um 20 Milliarden Euro senkt die Zustimmungswahrscheinlichkeit um 7,6 Prozentpunkte, eine Erhöhung um 20 Milliarden Euro steigert sie um 8,3 Prozentpunkte. Bildung ist damit der Ausgabenbereich, in dem auch die höchste Ausgabenstufe noch einen deutlichen zusätzlichen Zustimmungsgewinn bringt. Die hohe Bandbreite der Effektstärken mit quasi symmetrischem Verlauf für Ausgabenkürzungen und -ausweitungen verdeutlicht, dass Bildungsausgaben von den Befragten in diesem Setting als prioritär gesehen wurden.

Da die Steuern den persönlichen Nutzen erhöhen, wenn diese gesenkt werden und den Nutzen reduzieren, wenn sie erhöht werden, ist auch der geschätzte Verlauf der Präferenzen bei den beiden Steuerarten konsistent zu den theoretischen Überlegungen invers im Vergleich zu den Ausgabenkategorien. Senkungen der Einkommensteuer um 500 Euro im Jahr für einen Durchschnittsverdiener erhöhen die Zustimmung um 1,7 Prozentpunkte (nur auf dem 10-Prozentniveau signifikant) und um 1.000 Euro im Jahr um 2,7 Prozentpunkte. Erhöhungen haben deutlich stärkere negative Effekte. Eine Steuererhöhung um 500 Euro senkt die Zustimmung um 5,7 Prozentpunkte und eine Erhöhung um 1.000 Euro bewirkt eine um 10,3 Prozentpunkte niedrigere Zustimmung zu einem Politikpaket. Bei der Mehrwertsteuer sind die negativen Effekte noch ausgeprägter. Im Experiment wurde für jede Anpassung des regulären Mehrwertsteuersatzes eine Umrechnung in die erwartete Auswirkung auf die Inflationsrate als Information mitgeliefert, um eine verbesserte Einschätzung der persönlichen Betroffenheit zu erreichen (vgl. Kapitel 2.2). Während die Zustimmungsverbesserungen bei Senkungen der Mehrwertsteuer in etwa im Bereich der Effekte bei der Einkommensteuer liegen, sind die negativen Auswirkungen bei Erhöhungen der Mehrwertsteuer größer. Eine Erhöhung des regulären Mehrwertsteuersatzes auf 20 Prozent senkt die Zustimmung um 7,1 Prozentpunkte und eine Erhöhung auf 21 Prozent senkt die Zustimmung um 13,5 Prozentpunkte. Eine deutliche Mehrwertsteuererhöhung hat die höchste im Rahmen dieses Experiments gemessene Effektstärke und somit auch eine hohe Relevanz für die Zusammenstellung von Politikpaketen. Die relativ moderaten Effekte für Steuersenkungen, wenn Befragte mit Trade-offs konfrontiert werden, finden sich auch in der Literatur wieder, zum Beispiel in Bremer und Bürgisser (2025).

3.2 Trade-offs zwischen Staatsausgaben und Steuern

Während die bisher diskutierten Effekte die Zustimmung zu einzelnen Ausgaben- und Steueränderungen jeweils separat abbilden, lassen sich diese Präferenzen auch unmittelbar zueinander in Beziehung setzen. Setzt man die geschätzten Ausgabenkoeffizienten für die Erhöhung um 10 Milliarden Euro ins Verhältnis zu den Steuerkoeffizienten, ergeben sich fiskalisch vergleichbare Trade-offs, die zeigen, wie viel zusätzliche Steuerbelastung die Bevölkerung für eine gegebene Ausgabenerhöhung zu akzeptieren bereit ist. Dabei entsprechen die Änderungen beim Steueraufkommen jeweils ebenfalls ungefähr einem Volumen von 10 Milliarden Euro. Somit ergibt sich ein Nutzenüberschuss nur, wenn die Befragten bereit sind, für eine Ausgabenausweitung mehr als 10 Milliarden Euro in Form von Steuererhöhungen zu zahlen.

Tabelle 3-1 fasst diese Trade-offs zusammen. Einmal sind die marginalen Zahlungsbereitschaften im Vergleich zu Steuererhöhungen bei der Einkommensteuer berechnet und einmal bei der Mehrwertsteuer. Die Rangfolge der Ausgabenbereiche bestätigt das Gesamtbild der Präferenzstruktur. Bildung weist mit Abstand die höchste Zahlungsbereitschaft auf: Für zusätzliche Bildungsausgaben von 10 Milliarden Euro akzeptieren die Befragten im Mittel eine Mehrbelastung von 11,51 Milliarden Euro über die Einkommensteuer beziehungsweise 9,33 Milliarden Euro über die Mehrwertsteuer. Diese sind aber nicht signifikant von 10 Milliarden Euro verschieden, so dass sich nicht ausschließen lässt, dass die Befragten indifferent zwischen einer Erhöhung der Bildungsausgaben mit gleichzeitiger Steuererhöhung und dem Status quo sind.

Die anderen Ausgabenkategorien weisen alle Zahlungsbereitschaften signifikant unter 10 Milliarden Euro auf. Hier sinkt also der Nutzen bei einer Ausweitung der Ausgaben über Steuererhöhungen. Der Bereich Soziale Sicherung bildet mit Zahlungsbereitschaften von 3,84 und 3,11 Milliarden Euro das Schlusslicht. Für zusätzliche Ausgaben in diesem Bereich sind die Befragten am wenigsten bereit Mehrbelastungen zu tragen.

Über alle Kategorien hinweg liegen die Punktschätzer der Zahlungsbereitschaft bei einer Finanzierung über die Einkommensteuer höher als bei einer Finanzierung über die Mehrwertsteuer. Dieses Muster spiegelt die stärkere Ablehnung von Mehrwertsteuererhöhungen wider. Die Bereitschaft scheint höher zu sein, zusätzliche Ausgaben eher über die direkt wirkende Einkommensteuer als über die indirekte Mehrwertsteuer zu finanzieren. Dies hat sicher auch mit der Abneigung gegenüber einer höheren Inflationsrate zu tun. Eventuell haben die Befragten auch die Progressivität der Einkommensteuer im Hinterkopf, allerdings findet sich in diesem Studiendesign, in dem die Belastung beim Durchschnittsverdiener angegeben ist und somit eine direkte Selbstbetroffenheit für die meisten, eine ähnliche Ablehnung von Steuererhöhungen wie in der Studie von Bremer und Bürgisser (2023). Dort wird zusätzlich noch eine abstrakte Belastung hoher Einkommen als Finanzierung angeboten, die im Schnitt deutlich mehr Zustimmung findet.

Tabelle 3-1: Trade-offs zwischen Staatsausgabenkategorien und Einkommensteuer und Mehrwertsteuer

Zahlungsbereitschaft in Milliarden Euro für 10 Milliarden Euro Mehrausgaben in der jeweiligen Kategorie

	Investitionen in die Infrastruktur	Soziale Sicherung	Verteidigung	Bildung
Einkommensteuer	7,53 (5,40 – 9,66)	3,84 (2,00 – 5,68)	6,33 (4,27 – 8,39)	11,51 (8,98 – 14,03)
Mehrwertsteuer	6,10 (4,48 – 7,72)	3,11 (1,65 – 4,58)	5,13 (3,58 – 6,68)	9,33 (7,46 – 11,20)

Anmerkung: 95-Prozent-Konfidenzintervalle in Klammern.

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Die Trade-offs lassen sich auch zwischen den Ausgabenkategorien berechnen (Tabelle 3-2). In der Tabelle lässt sich ablesen, wie hoch die Zahlungsbereitschaft einer Erhöhung der Ausgaben der Spaltenüberschrift um 10 Milliarden Euro sind, wenn man die Ausgaben der Spaltenkategorie dafür kürzt. Ein Wert über 10 Milliarden Euro gibt dabei an, dass die Zustimmung bei einer Substitution der beiden Ausgaben steigen würde. Ein Wert unter 10 Milliarden Euro zeigt an, dass die Ausgabenkürzung den Nutzen stärker reduziert als die Steigerung in der anderen Kategorie zusätzlichen Nutzen stiftet.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bevölkerung vor allem bei der Bildung bereit ist für Mehrausgaben von 10 Milliarden Euro auf mehr als 10 Milliarden Euro in den anderen Ausgabenkategorien zu verzichten. Auf bis zu 34,79 Milliarden Euro Verteidigungsausgaben, 26,99 Milliarden Euro Investitionsausgaben oder 21,89 Milliarden Euro für Soziale Sicherung wären die Befragten bereit zu verzichten. Somit ergibt sich eine dominante Präferenz für mehr Bildungsausgaben. Für die anderen Kategorien sind die Ergebnisse nicht eindeutig. Auf dem 10-Prozent-Niveau schwach signifikant von 10 Milliarden Euro verschieden ist der Punktschätzer für die Substitution von Verteidigungsausgaben zu Gunsten von Investitionen. Die Zahlungsbereitschaft liegt hier bei 22,75 Milliarden Euro, was im Vergleich hoch ist. Auch auf Ausgaben für Soziale Sicherung würde die Bevölkerung tendenziell für mehr Investitionen verzichten, allerdings ist die Zahlungsbereitschaft von 14,32 Milliarden Euro nicht signifikant. Für die Erhöhung von Verteidigungsausgaben gibt es auch Punktschätzer über 10 Milliarden Euro in den Kategorien Investitionen und Soziale Sicherung, allerdings sind diese ebenfalls nicht signifikant. Für die Beziehungen zwischen Investitionen und Verteidigung sowie zwischen Sozialer Sicherung und Verteidigung sind die Punktschätzer nicht symmetrisch konsistent, also sowohl Erhöhungen in

die eine Richtung zu Lasten der anderen Kategorie als auch umgekehrt wird zugestimmt. Allerdings wird bei einem statistischen Test auf Symmetrie diese nicht abgelehnt, wegen der insignifikanten Ergebnisse.

Tabelle 3-2: Trade-offs zwischen den Staatsausgabenkategorien

Zahlungsbereitschaft in Milliarden Euro für 10 Milliarden Euro Mehrausgaben in der jeweiligen Kategorie (Spalte)

	Investitionen in die Infrastruktur	Soziale Sicherung	Verteidigung	Bildung
Investitionen in die Infrastruktur	-	9,01 (3,65 – 14,36)	14,84 (7,60 – 22,08)	26,99 (15,44 – 38,53)
Soziale Sicherung	14,32 (8,64 – 19,99)	-	12,04 (6,91 – 17,17)	21,89 (13,94 – 29,84)
Verteidigung	22,75 (9,73 – 35,77)	11,61 (3,51 – 19,71)	-	34,79 (15,79 – 53,80)
Bildung	8,92 (6,18 – 11,65)	4,55 (2,28 – 6,82)	7,50 (4,97 – 10,02)	-

Anmerkung: 95-Prozent-Konfidenzintervalle in Klammern.

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

3.3 Heterogenität: Ergebnisse nach Parteipräferenz

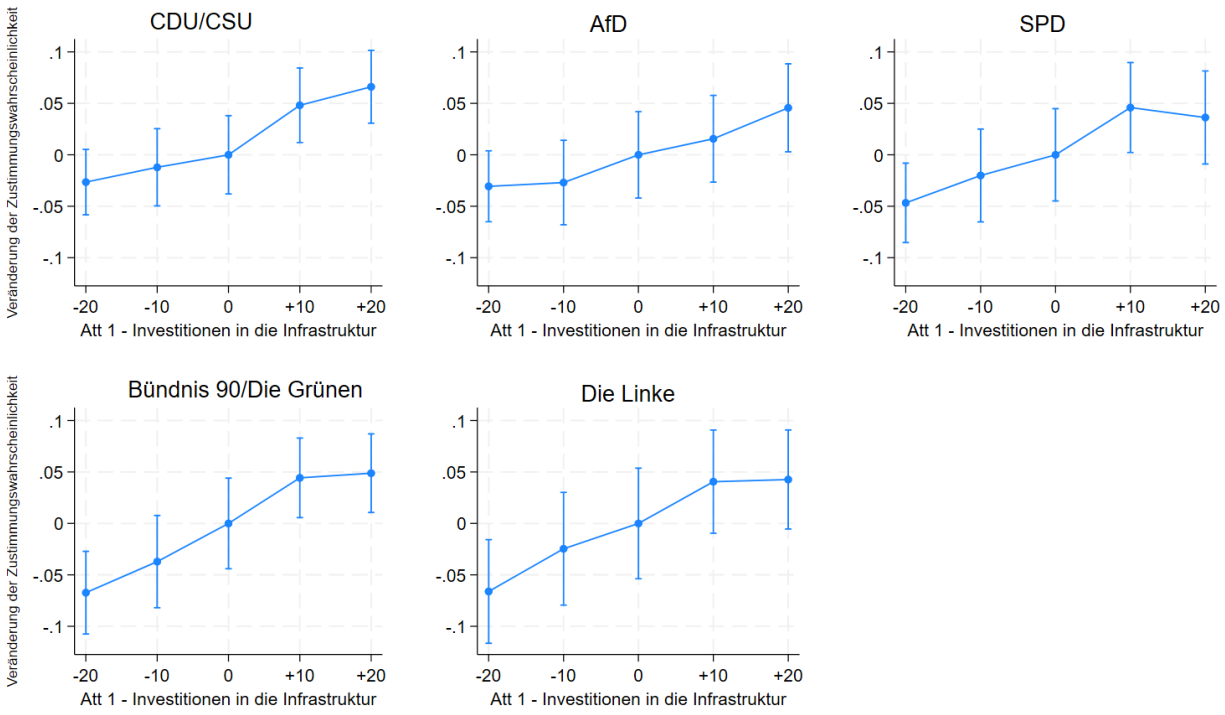
Um Heterogenität in den Präferenzen für Staatsausgaben und Steuern nach Parteipräferenz zu untersuchen, wird das Choice-Modell in Subgruppen der Parteianhängerschaft geschätzt. Die Parteianhängerschaft wird hierfür in der Befragung über eine „Sonntagsfrage“ abgefragt. Durch die separate Schätzung für jede Subgruppe ist es möglich die Präferenzmuster für die einzelnen Attributsausprägungen wie in Abbildung 3-1 für alle Subgruppen ohne Interaktionseffekte zu schätzen. Zudem wird noch ein vereinfachtes gepooltes Modell geschätzt, in dem ein linearer Effekt für die Attribute unterstellt wird, um auf signifikante Unterschiede zwischen den Parteipräferenzen zu testen. Die Annahme der Linearität ist zwar eine Einschränkung, dadurch lässt sich jedoch die Steigung über den gesamten Bereich der Attributsausprägungen zwischen den Subgruppen vergleichen und nicht nur für eine konkrete Ausprägung zum Beispiel für eine Erhöhung der Ausgaben um 10 Milliarden Euro. Die Ergebnisse für dieses Modell sind im Anhang in den Tabellen A-1 und A-2 zu finden und werden für die Einordnung der grafischen Ergebnisse in diesem Kapitel hinzugezogen.

Für den Vergleich für unterschiedliche Präferenzen für Investitionen in die Infrastruktur sind in Abbildung 3-2 die Ergebnisse für alle Subgruppen nebeneinander geplottet. Für das BSW, die FDP und sonstige Antworten sind die Gruppengrößen in der Befragung zu klein, um signifikante Ergebnisse für die meisten Attribute zu erhalten. Abbildung 3-2 zeigt für alle betrachteten Parteipräferenzgruppen einen grundsätzlich positiven Zusammenhang zwischen der Höhe der öffentlichen Investitionsausgaben und der Zustimmung zu einem Politikpaket. Kürzungen verringern bei den Punktschätzern überall die Zustimmungswahrscheinlichkeit, während zusätzliche Investitionen die Zustimmungswahrscheinlichkeit erhöhen. Besonders deutlich fällt die Ablehnung starker Kürzungen bei Anhängern von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken aus, die alle eine signifikant fallende Zustimmung bei Kürzungen von 20 Milliarden Euro aufweisen. Bei Anhängern von CDU/CSU und AfD sind die Reaktionen auf Kürzungen schwächer und insignifikant. Ausgabenerhöhungen um 10 Milliarden Euro steigern die Zustimmung vor allem bei CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

signifikant. Eine weitere Erhöhung auf 20 Milliarden Euro führt dagegen nur teilweise zu zusätzlichen Zustimmungsgewinnen: Bei den linken Parteien flacht der Zusammenhang sichtbar ab, während er bei CDU/CSU und AfD noch leicht zunimmt. Insgesamt unterscheiden sich die Zustimmungswahrscheinlichkeiten bei der starken Erhöhung kaum zwischen den unterschiedlichen Parteianhängern. Die Ergebnisse sprechen damit für eine parteiübergreifende Präferenz zugunsten höherer Infrastrukturinvestitionen, wobei sich Unterschiede eher in der Stärke als in der Richtung der Reaktionen zeigen. Aus den statistischen Tests der Interaktionseffekte in Tabelle A-1 zeigt sich, dass gemessen an der größten Wählergruppe der Anhänger von CDU/CSU die AfD-Anhänger eine leicht niedrigere marginale Präferenz für Investitionen haben, die SPD sich nicht signifikant unterscheidet und die Anhänger von den Grünen und den Linken leicht höhere Präferenzen aufweisen. Von den in der Abbildung nicht betrachteten Parteien haben die Anhänger des BSW eine signifikant geringere Präferenz für Investitionen als die der CDU/CSU.

Abbildung 3-2: Präferenzen für Änderungen der Investitionsausgaben nach Parteipräferenz

Veränderung der Zustimmungswahrscheinlichkeit zu einem Politikpaket



Anmerkungen: Die Veränderungen der vier Ausgabenkategorien werden in Milliarden Euro gemessen. Berechnete Wahrscheinlichkeiten aus der Conditional-Logit-Schätzung. Fehlerbalken markieren die 95-Prozent-Konfidenzintervalle.

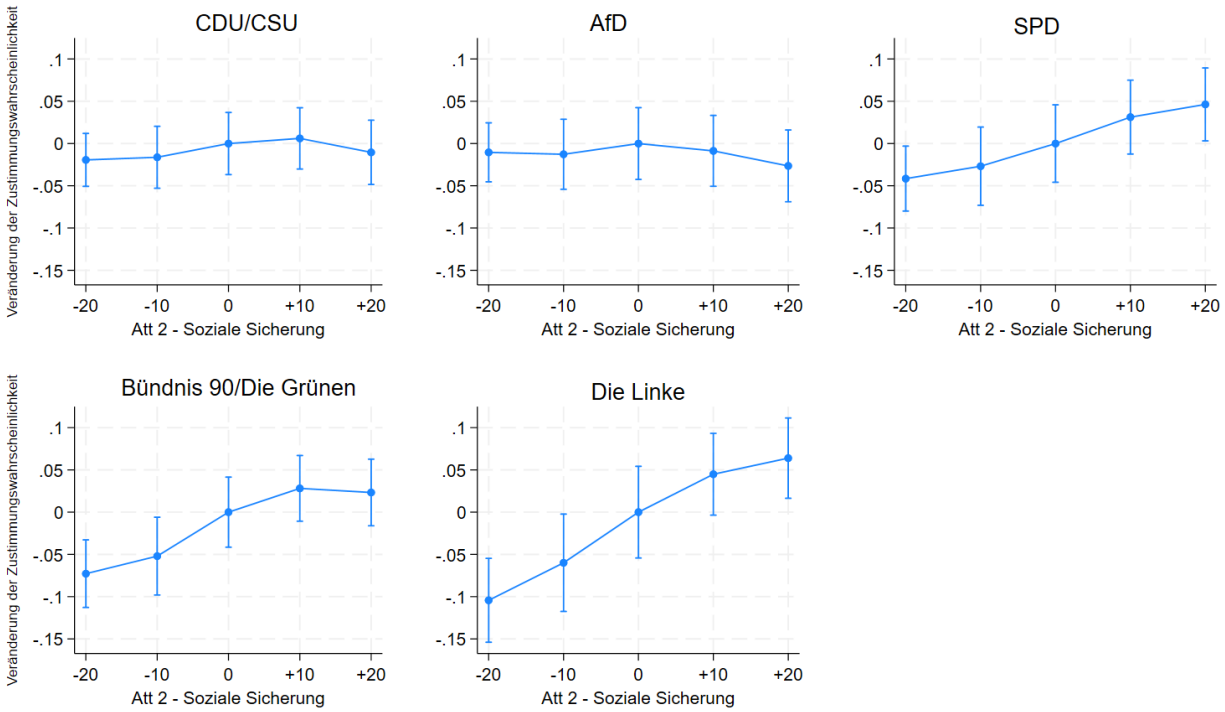
Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 3-3 zeigt die Zustimmungswahrscheinlichkeiten für Veränderungen der Ausgaben für die soziale Sicherung nach Parteipräferenz. Anders als bei den Infrastrukturinvestitionen unterscheiden sich die Verläufe deutlich zwischen den Parteigruppen. Bei den Anhängern von SPD, den Grünen und der Linken steigt die Zustimmungswahrscheinlichkeit mit zunehmenden Ausgaben. Kürzungen um 20 Milliarden Euro verringern die Zustimmung in allen drei Gruppen signifikant, wobei der negative Effekt bei den Anhängern der Linken am stärksten ausfällt. Bei den Wählern der Grünen und der Linken ist auch die Kürzung um 10 Milliarden Euro mit einer signifikant geringeren Zustimmung verbunden. Zusätzliche Ausgaben werden vor allem von den

Anhängern von SPD und Linken positiv bewertet: Eine Erhöhung um 20 Milliarden Euro steigert die Zustimmungswahrscheinlichkeit in beiden Gruppen signifikant. Bei den Grünen flacht der Zusammenhang dagegen oberhalb einer Erhöhung um 10 Milliarden Euro ab, das heißt zusätzliche Erhöhungen bringen keine höhere Zustimmungswahrscheinlichkeit – und die positiven Punktschätzer sind nicht statistisch signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau. Ein anderes Muster zeigt sich bei den Anhängern von CDU/CSU und AfD. Hier verändern weder Kürzungen noch Erhöhungen die Zustimmungswahrscheinlichkeit statistisch signifikant. Die Punktschätzer verlaufen weitgehend flach und fallen bei einer Erhöhung um 20 Milliarden Euro sogar leicht negativ aus. Insgesamt sprechen die Ergebnisse damit für eine ausgeprägtere Präferenz der Anhänger von SPD, den Grünen und insbesondere der Linken für höhere Sozialausgaben, während die Zustimmung der Anhänger von CDU/CSU und AfD gegenüber Veränderungen in diesem Ausgabenbereich vergleichsweise wenig reagiert. Die Interaktionstests in Tabelle A-1 bestätigen diese Zusammenhänge. Bei CDU/CSU- und AfD-Anhängern gibt es so gut wie keinen statistischen Zusammenhang zwischen den Ausgaben für Soziale Sicherung und der Zustimmungsrate, wobei der lineare Punktschätzer bei den AfD-Wählern sogar negativ ist. Die Parteien des linken politischen Spektrums weisen alle deutlich positive Koeffizienten auf. Der stärkste Effekt und damit auch die stärkste Präferenz für Soziale Sicherung findet sich bei den Anhängern der Linken. Auch bei den Wählern des BSW liegt eine relativ starke Präferenz für diese Ausgabenkategorie vor. Die FDP-Wähler haben einen negativen Koeffizienten allerdings nicht signifikant von dem der CDU/CSU-Wähler verschieden.

Abbildung 3-3: Präferenzen für Änderungen der Ausgaben für Soziale Sicherung nach Parteipräferenz

Veränderung der Zustimmungswahrscheinlichkeit zu einem Politikpaket



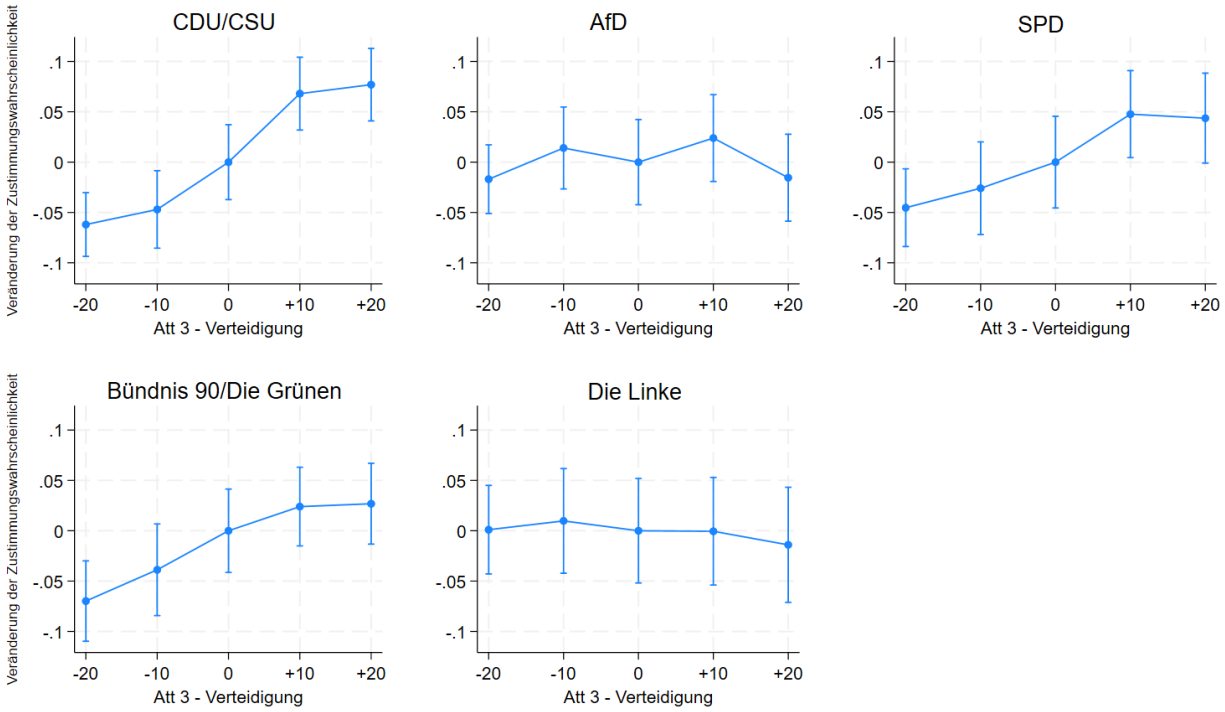
Anmerkungen: Die Veränderungen der vier Ausgabenkategorien werden in Milliarden Euro gemessen. Berechnete Wahrscheinlichkeiten aus der Conditional-Logit-Schätzung. Fehlerbalken markieren die 95-Prozent-Konfidenzintervalle.

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Für den Vergleich unterschiedlicher Präferenzen für Verteidigungsausgaben sind in Abbildung 3-4 die Ergebnisse für alle betrachteten Subgruppen nebeneinander dargestellt. Dabei zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen den Parteianhängern. Am stärksten reagieren die Anhänger von CDU/CSU auf Veränderungen der Verteidigungsausgaben: Kürzungen um 10 Milliarden oder 20 Milliarden Euro verringern die Zustimmungswahrscheinlichkeit signifikant, während Erhöhungen um 10 Milliarden oder 20 Milliarden Euro die Zustimmung jeweils deutlich und signifikant steigern. Auch bei den Anhängern der SPD verläuft der Zusammenhang grundsätzlich positiv. Eine Kürzung um 20 Milliarden Euro senkt die Zustimmung signifikant, während eine Erhöhung um 10 Milliarden Euro die Zustimmungswahrscheinlichkeit signifikant erhöht. Bei einer Ausweitung um 20 Milliarden Euro fällt der Punktschätzer ähnlich hoch aus, ist jedoch weniger präzise geschätzt. Unter den Anhängern der Grünen wird insbesondere eine Kürzung um 20 Milliarden Euro signifikant abgelehnt. Zusätzliche Verteidigungsausgaben weisen zwar positive Punktschätzer auf, die zugehörigen Konfidenzintervalle schließen den Wert null jedoch ein. Bei den Anhängern der AfD und der Linken ist dagegen kein Zusammenhang zwischen der Höhe der Verteidigungsausgaben und der Zustimmung zu einem Politikpaket erkennbar. Sämtliche Effekte sind statistisch insignifikant und nahezu flach um den Wert Null. Die Koeffiziententests in Tabelle A-1 sprechen vor allem für eine Präferenz zugunsten höherer beziehungsweise gegen niedrigere Verteidigungsausgaben bei Anhängern der CDU/CSU und ähnlich stark bei den Grünen. Der Zusammenhang besteht ebenfalls bei Anhängern der SPD aber signifikant schwächer. Während quasi kein Zusammenhang bei Anhängern der AfD besteht, liegt er leicht negativ bei den Linken-Wählern und stärker negativ bei den BSW-Wählern.

Abbildung 3-4: Präferenzen für Änderungen der Verteidigungsausgaben nach Parteipräferenz

Veränderung der Zustimmungswahrscheinlichkeit zu einem Politikpaket



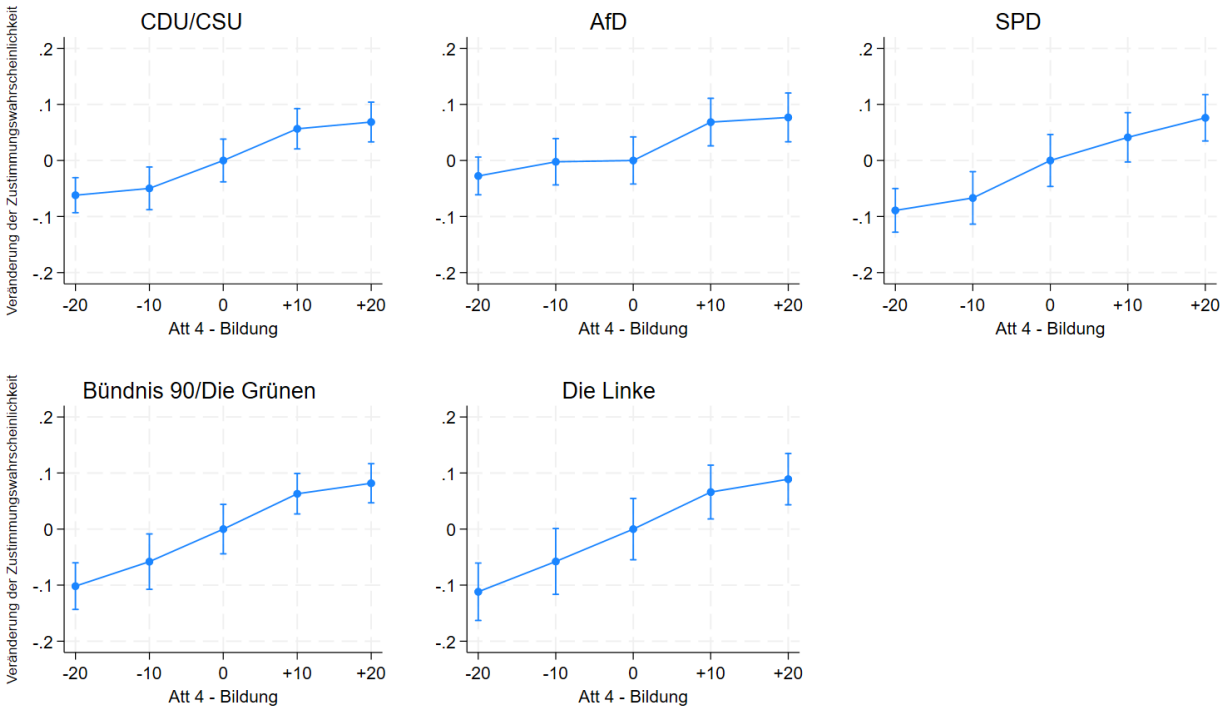
Anmerkungen: Die Veränderungen der vier Ausgabenkategorien werden in Milliarden Euro gemessen. Berechnete Wahrscheinlichkeiten aus der Conditional-Logit-Schätzung. Fehlerbalken markieren die 95-Prozent-Konfidenzintervalle.

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Die Ergebnisse für die Präferenzverläufe für Bildungsausgaben sind in Abbildung 3-5 dargestellt. Über sämtliche Gruppen der Parteianhängerschaft hinweg zeigt sich ein klarer positiver und annähernd linearer Zusammenhang zwischen der Höhe der Bildungsausgaben und der Zustimmung zu einem Politikpaket. Kürzungen gehen bei den Punktschätzern durchweg mit einer geringeren Zustimmungswahrscheinlichkeit einher, während zusätzliche Bildungsausgaben die Zustimmung in allen Gruppen erhöhen. Besonders deutlich fällt die Ablehnung einer Kürzung um 20 Milliarden Euro bei den Anhängern von SPD, den Grünen und der Linken aus. Auch bei den Anhängern von CDU/CSU sinkt die Zustimmung bei Kürzungen um 10 Milliarden beziehungsweise 20 Milliarden Euro signifikant. Unter den AfD-Anhängern sind die negativen Punktschätzer dagegen geringer und statistisch nicht signifikant. Auf der anderen Seite steigern Mehrausgaben von 10 Milliarden beziehungsweise 20 Milliarden Euro die Zustimmungswahrscheinlichkeit in nahezu allen betrachteten Gruppen deutlich. Besonders bei einer Erhöhung um 20 Milliarden Euro liegen die geschätzten Zustimmungsgewinne mit etwa 7 bis 9 Prozentpunkten eng beieinander. Anders als bei den Ausgaben für soziale Sicherung oder Verteidigung ist bei den Bildungsausgaben weniger Sättigung zwischen den beiden positiven Ausgabenstufen zu erkennen: Eine Erhöhung um 20 Milliarden Euro wird für die meisten Wählergruppen noch etwas stärker bewertet als eine Erhöhung um 10 Milliarden Euro. Insgesamt sprechen die Ergebnisse damit für eine ausgeprägte parteiübergreifende Präferenz zugunsten höherer Bildungsausgaben. Unterschiede zeigen sich vor allem auf der Kürzungsseite, auf der die Anhänger von SPD, Grünen und Linken stärker reagieren als die Anhänger der AfD.

Abbildung 3-5: Präferenzen für Änderungen der Bildungsausgaben nach Parteipräferenz

Veränderung der Zustimmungswahrscheinlichkeit zu einem Politikpaket



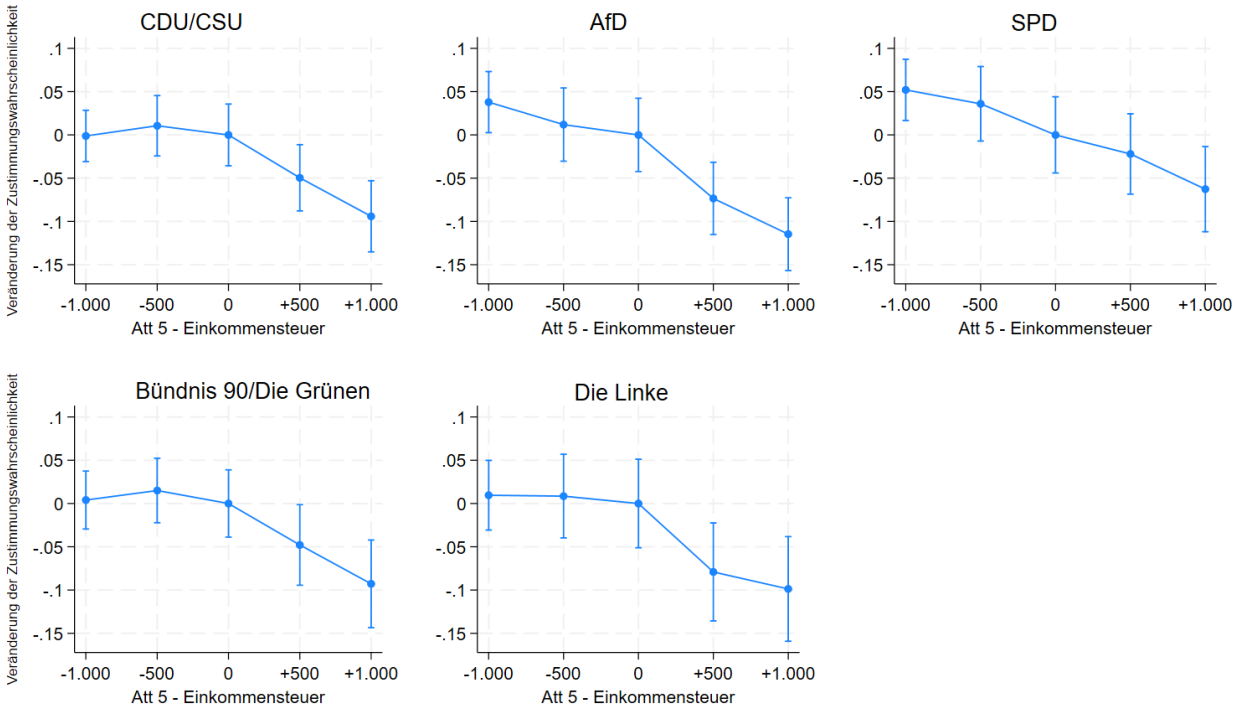
Anmerkungen: Die Veränderungen der vier Ausgabenkategorien werden in Milliarden Euro gemessen. Berechnete Wahrscheinlichkeiten aus der Conditional-Logit-Schätzung. Fehlerbalken markieren die 95-Prozent-Konfidenzintervalle.

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Die Koeffiziententests in Tabelle A-1 bestätigen diese Trends und finden signifikante Unterschiede in der Stärke der marginalen Präferenzen für Bildungsausgaben. Den stärksten positiven Zusammenhang findet man bei den Anhängern der Grünen gefolgt von denen der Linken und der SPD. Dahinter liegen die Anhänger von CDU/CSU und schließlich die der AfD. Für die BSW und die FDP findet man keine signifikanten Abweichungen zu den Ergebnissen für CDU/CSU.

Abbildung 3-6: Präferenzen für Änderungen der Einkommensteuer nach Parteipräferenz

Veränderung der Zustimmungswahrscheinlichkeit zu einem Politikpaket



Anmerkungen: Die Veränderungen bei der Einkommensteuer in Euro im Jahr für einen Durchschnittsverdiener. Berechnete Wahrscheinlichkeiten aus der Conditional-Logit-Schätzung. Fehlerbalken markieren die 95-Prozent-Konfidenzintervalle.

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

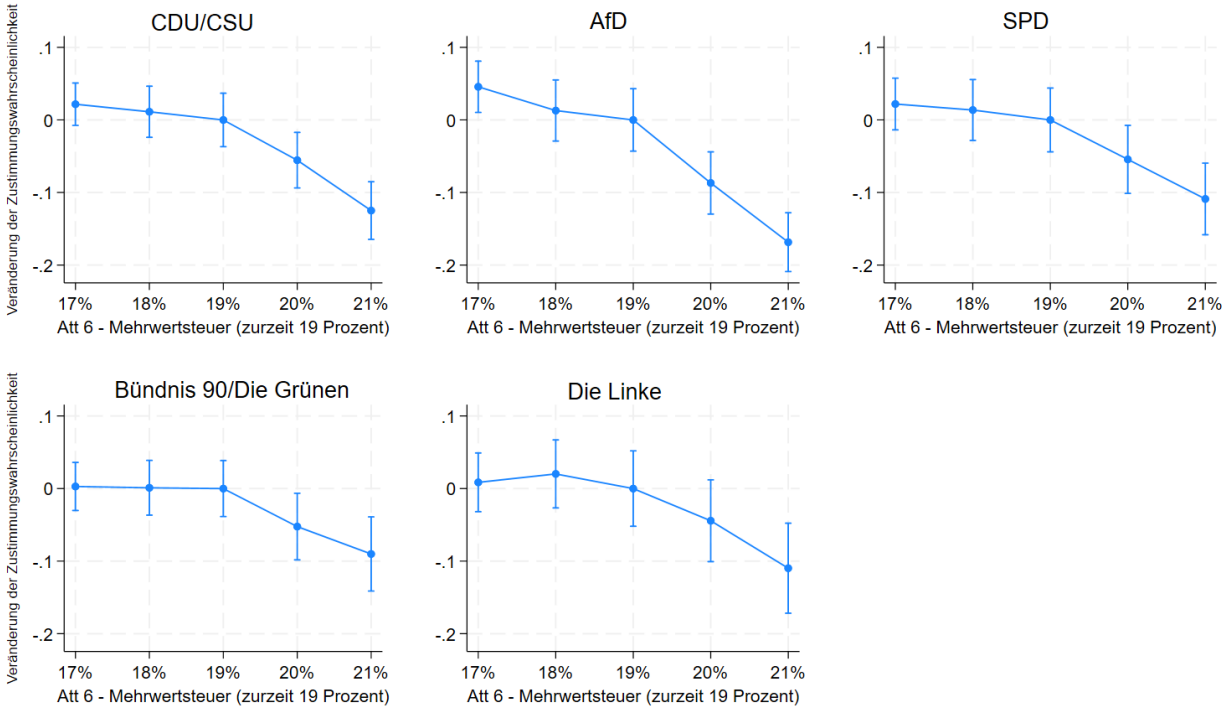
Für den Vergleich unterschiedlicher Präferenzen für Veränderungen der Einkommensteuer eines Durchschnittsverdieners sind in Abbildung 3-6 die Ergebnisse für alle betrachteten Subgruppen dargestellt. Wichtig zu beachten ist, dass mit diesem Setting nur eingeschränkt Umverteilungspräferenzen abgefragt werden, sondern eher die Bereitschaft selbst Mehrbelastungen zu tragen zum Beispiel für höhere Staatsausgaben. Über sämtliche Parteipräferenzgruppen hinweg zeigt sich ein negativer Zusammenhang zwischen der Höhe der Einkommensteuerbelastung und der Zustimmung zu einem Politikpaket. Steuererhöhungen verringern bei allen Gruppen die geschätzte Zustimmungswahrscheinlichkeit, während Steuerentlastungen überwiegend positive, allerdings deutlich schwächere Effekte aufweisen. Besonders ausgeprägt ist die Ablehnung von Steuererhöhungen bei den Anhängern der AfD, bei denen eine Mehrbelastung von 500 Euro im Jahr die Zustimmung um rund 7 Prozentpunkte und bei 1.000 Euro um gut 11 Prozentpunkte senkt. Auch bei den Anhängern von CDU/CSU, den Grünen und der Linken reduzieren beide Erhöhungsstufen die Zustimmung signifikant. Bei den SPD-Anhängern ist der negative Effekt einer Mehrbelastung von 1.000 Euro ebenfalls

signifikant, während die Reaktion auf eine Erhöhung um 500 Euro schwächer und insignifikant ausfällt. Auf der Entlastungsseite fallen die Reaktionen insgesamt geringer aus. Eine Senkung der Einkommensteuer um 1.000 Euro erhöht die Zustimmungswahrscheinlichkeit vor allem bei den Anhängern von AfD und SPD signifikant. Bei Wählern von CDU/CSU, den Grünen und der Linken sind die geschätzten Effekte von Steuerentlastungen dagegen klein und statistisch insignifikant.

Insgesamt weisen die Ergebnisse damit auf eine asymmetrische Bewertung von Steueränderungen hin, denn zusätzliche Belastungen eines Durchschnittsverdieners werden deutlich stärker abgelehnt, als entsprechende Entlastungen honoriert werden. Die Richtung dieses Zusammenhangs ist parteiübergreifend ähnlich und Unterschiede zeigen sich lediglich in seiner Stärke. Die statistischen Tests der linearen Interaktionseffekte in Tabelle A-2 bestätigen die allgemeinen negativen Zusammenhänge für alle Parteianhänger. Die Anhänger der FDP weisen den stärksten negativen Zusammenhang auf (signifikant stärker als die der CDU/CSU). Es folgen die Anhänger der AfD, die der Linken und schließlich der Grünen, deren negative Zusammenhänge ebenfalls mindestens auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant stärker sind als die der CDU/CSU-Anhänger.

Abbildung 3-7: Präferenzen für Änderungen der Mehrwertsteuer nach Parteipräferenz

Veränderung der Zustimmungswahrscheinlichkeit zu einem Politikpaket



Anmerkungen: Die Veränderungen der Mehrwertsteuer in Prozentpunkten des regulären Mehrwertsteuersatzes. Berechnete Wahrscheinlichkeiten aus der Conditional-Logit-Schätzung. Fehlerbalken markieren die 95-Prozent-Konfidenzintervalle.

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Abschließend ist der Vergleich unterschiedlicher Präferenzen für Veränderungen der Mehrwertsteuer in Abbildung 3-7 dargestellt. Über sämtliche Parteipräferenzgruppen hinweg zeigt sich ein negativer Zusammenhang zwischen der Höhe des regulären Mehrwertsteuersatzes und der Zustimmung zu einem Politikpaket. Bereits eine Erhöhung des geltenden Satz von 19 Prozent auf 20 Prozent senkt für alle Parteianhänger außer

denen der Linken signifikant die Zustimmungswahrscheinlichkeit. Bei den Anhängern der Linken fällt der Punktschätzer ebenfalls negativ und ähnlich hoch aus, ist jedoch weniger präzise geschätzt. Eine Erhöhung auf 21 Prozent verringert die Zustimmung in allen betrachteten Gruppen deutlich und signifikant. Am stärksten reagieren dabei die Anhänger der AfD, deren Zustimmungswahrscheinlichkeit bei einem Mehrwertsteuersatz von 21 Prozent rund 17 Prozentpunkte unter der beim geltenden Satz liegt. Bei CDU/CSU, SPD und der Linken beträgt der geschätzte Rückgang jeweils etwa 11 bis 13 Prozentpunkte. Bei den Grünen fällt der Rückgang mit rund 9 Prozentpunkten nur leicht geringer aus. Auf der anderen Seite erhöhen Senkungen der Mehrwertsteuer auf 17 oder 18 Prozent die Zustimmung überwiegend nur geringfügig. Eine statistisch signifikante positive Reaktion ist vor allem bei den Anhängern der AfD für eine Senkung auf 17 Prozent erkennbar, während die Konfidenzintervalle der übrigen Gruppen bei den reduzierten Steuersätzen überall den Wert null einschließen. Insgesamt weisen die Ergebnisse damit ebenfalls auf eine ausgeprägte asymmetrische Bewertung von Mehrwertsteueränderungen hin. In Tabelle A-2 ist zu sehen, dass die Ablehnung von Mehrwertsteuererhöhungen bei Anhängern von CDU/CSU nochmal höher ausfällt als von Einkommensteuererhöhungen. Die Ergebnisse für Wähler von SPD, den Grünen und den Linken sind hiervon nicht signifikant verschieden. Noch stärker fällt die Ablehnung bei Wählern der AfD, des BSW und der FDP aus, wobei letztere nicht signifikant ist aufgrund der kleinen Beobachtungszahl.

3.4 Heterogenität: Einkommen, Agglomerationsstufe, Alter und Geschlecht

Unterschiede in den Präferenzen für Staatsausgaben und Steuern können auch nach weiteren Subgruppen wie Einkommensgruppe, Agglomerationstyp des Wohnorts, Altersgruppe und Geschlecht untersucht werden. Unter der Annahme der Linearität in den Ausprägungen lassen sich diese am einfachsten statistisch testen in gepoolten Schätzungen mit Interaktionstermen, ohne für jede Subgruppe eine separate Schätzung durchzuführen. Signifikante Unterschiede sind allerdings nicht immer zu identifizieren.

Einkommen

Zunächst wird ein Interaktionsmodell für Einkommensgruppen des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens geschätzt (Ergebnisse in Tabelle A-3 im Anhang). Hierzu wurden fünf Einkommensgruppen gebildet: bis unter 1.500 Euro (Basisgruppe), 1.500 Euro bis unter 3.000 Euro (Gruppe 2), 3.000 Euro bis unter 4.500 Euro (Gruppe 3), 4.500 Euro bis unter 6.000 Euro (Gruppe 4) und 6.000 Euro und höher (Gruppe 5). In den Schätzergebnissen für die Basiseinkommensgruppe, die die Personen mit den niedrigsten Haushaltsnettoeinkommen beinhaltet, findet man den stärkste Steigungsparameter bei den Ausgaben für Soziale Sicherung. In diesem Bereich liegt also die höchste marginale Präferenz für Staatsausgaben und der Koeffizient ist auch signifikant höher als in allen anderen Einkommensgruppen. Ein klarer negativer Einkommenseffekt kann bei den Präferenzen für Mehrausgaben für Soziale Sicherheit abgeleitet werden. Bei den Bildungsausgaben liegt in der Basisgruppe zwar ebenfalls eine hohe marginale Präferenz vor, die allerdings in den anderen Einkommensgruppen noch höher ist. Am höchsten ist der Steigungsparameter in Gruppe 4 und auch bei den höchsten Einkommen liegt er noch hoch signifikant über dem der Basisgruppe. Man kann also von einem positiven Einkommenseffekt bei den marginalen Präferenzen für Bildungsausgaben sprechen. Die Präferenzen für Investitionen in die Infrastruktur kommen in der Rangfolge der Basisgruppe im Anschluss. Hier gibt es höhere Punktschätzer in allen anderen Einkommensgruppe, die aber nur signifikant in Gruppe 4 sind. Zuletzt folgen die marginalen Präferenzen für Verteidigung in der Basisgruppe. Diese sind ebenfalls in den anderen Einkommensgruppen größtenteils signifikant höher, so dass auch hier von einem Einkommenseffekt gesprochen werden kann. Bei den Einkommensteuern für den Durchschnittsverdiener weist die Basisgruppe überraschenderweise die höchste marginale Ablehnung für Steuererhöhungen oder umgekehrt die höchste

Zustimmung für Steuersenkungen auf. In den höheren Einkommensgruppen ist die Reaktion auf Steueränderungen mit steigendem Einkommen deutlich geringer – hier liegt also ein negativer Einkommenseffekt vor. Bei der Mehrwertsteuer gibt es wiederum keine signifikanten Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen. In der Basisgruppe ist der Punktschätzer des negativen Steigungsparameters für die Mehrwertsteuer im Betrag leicht höher als für die Einkommensteuer, was bedeutet, dass die Ablehnung für Steuererhöhungen bei der Mehrwertsteuer ebenfalls höher ist.

Agglomerationsstufe des Wohnorts

Die Subgruppenanalyse kann im Rahmen der IW-Befragung auch nach dem Agglomerationstyp des Wohnorts durchgeführt werden. Dazu gibt es die Einordnung in „Städtischen Raum“ (Basisgruppe), „Städtisches Umland“ und „Ländlicher Raum“. Das Interaktionsmodell mit Agglomerationstypen zeigt für die Basisgruppe des städtischen Raums auf der Staatsausgabenseite wie im gepoolten Schätzmodell eine hohe marginale Präferenz für Bildungsausgaben gefolgt von Investitionen und anschließend Soziale Sicherung und Verteidigung. Signifikante Unterschiede für die anderen beiden Agglomerationsstufen lassen sich allerdings nicht identifizieren (Tabelle A-4 im Anhang). Nur für die Steuern gibt es Unterschiede zwischen den Gruppen: Der Ländliche Raum hat eine signifikant höhere Ablehnung sowohl für Einkommensteuererhöhungen als auch für Mehrwertsteuererhöhungen im Vergleich zum städtischen Raum. Für letztere ist der Punktschätzer noch stärker negativ.

Alter

Die Unterschiede in den Präferenzen für Staatsausgaben und Steuern nach dem Alter der Befragten werden in vier Altersgruppen analysiert (Tabelle A-5 im Anhang). Die Referenzgruppe sind die 35- bis 49-Jährigen. Davon abweichend gibt es die Gruppen der 18- bis 34-Jährigen, der 50- bis 64-Jährigen und der 65 und älteren. Im Vergleich zur Referenzgruppe weisen die Befragten ab 65 Jahren eine signifikant stärkere Präferenz für zusätzliche Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben auf. Die jüngste Gruppe, die 18- bis 34-Jährigen, bewertet höhere Verteidigungsausgaben dagegen signifikant schwächer als die Referenzgruppe, so dass es in dieser Kategorie einen positiven Alterseffekt der Präferenz für Mehrausgaben gibt. Bei den Bildungsausgaben zeigen sowohl die 18- bis 34-Jährigen als auch die 50- bis 64-Jährigen eine signifikant geringere marginale Präferenz als die Referenzgruppe, während sich die 65 Jahre und älteren in diesem Bereich nicht signifikant von ihr unterscheiden. Bei den Ausgaben für die Soziale Sicherung lassen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Altersgruppen feststellen. Die Befragte ab 65 Jahren reagieren hingegen weniger ablehnend auf eine höhere Einkommensteuerbelastung eines Durchschnittsverdieners. Bei Veränderungen der Mehrwertsteuer gibt es wiederum keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen.

Geschlecht

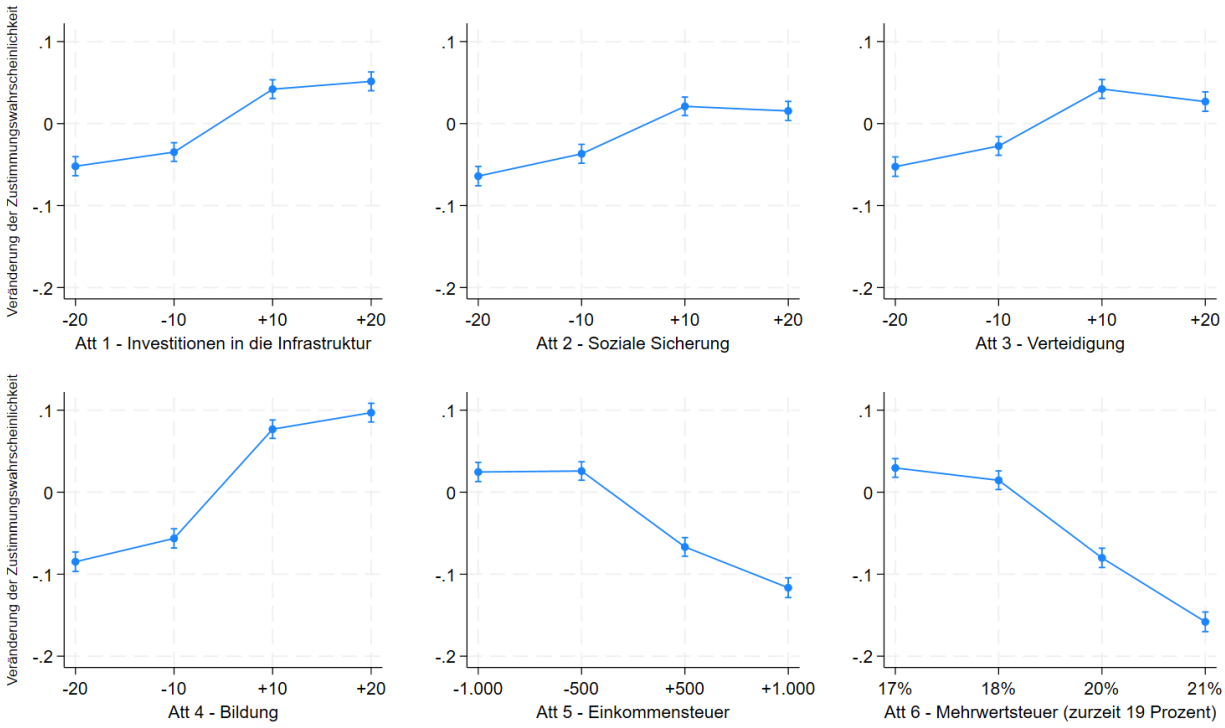
Schließlich können auch Unterschiede in den Präferenzen zwischen Männern und Frauen identifiziert werden (Tabelle A-6 im Anhang). Im Vergleich zu den Männern zeigen Frauen eine signifikant geringere Präferenz für zusätzliche Infrastrukturinvestitionen. Zugleich bewerten sie höhere Ausgaben für die Soziale Sicherung und für Bildung signifikant positiver. Bei den Verteidigungsausgaben lässt sich dagegen kein statistisch signifikanter Unterschied zwischen Frauen und Männern feststellen. Deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen zudem auf der Einnahmenseite: Frauen reagieren sowohl auf eine höhere Einkommensteuerbelastung eines Durchschnittsverdieners als auch auf einen höheren Mehrwertsteuersatz signifikant ablehnender als Männer.

3.5 Robustness: Linear Probability Model, AMCEs und Importance der Attribute

In diesem Abschnitt wird geprüft, ob die inhaltlichen Schlussfolgerungen von der Modellwahl abhängen, also ob sich die Ergebnisse der Schätzung mit der funktionalen Form des Conditional Logit entscheidend von den Ergebnissen eines Linear Probability Models (LPM) unterscheiden. Dazu werden grafisch die Veränderungen der Zustimmungswahrscheinlichkeiten aus dem LPM mit denen in Abbildung 3-1 verglichen.

Abbildung 3-8: Ergebnisse des Linear Probability Models: Präferenzen für Änderungen von Staatsausgaben und Steuern in der Gesamtbevölkerung

Veränderung der Zustimmungswahrscheinlichkeit zu einem Politikpaket (Average Marginal Component Effects)



Anmerkungen: Die Veränderungen der vier Ausgabenkategorien werden in Milliarden Euro gemessen. Die Veränderungen bei der Einkommensteuer in Euro im Jahr für einen Durchschnittsverdiener und die Veränderungen der Mehrwertsteuer in Prozentpunkten des regulären Mehrwertsteuersatzes. Average Marginal Component Effects (AMCE) aus der Schätzung des LPM. Fehlerbalken markieren die 95-Prozent-Konfidenzintervalle.

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Der Vergleich der AMCEs aus dem linearen Wahrscheinlichkeitsmodell (Abbildung 3-8) mit den aus dem Conditional-Logit-Modell abgeleiteten Veränderungen der Zustimmungswahrscheinlichkeit zeigt keine grundsätzlich verschiedenen Ergebnisse, sondern ergibt ein sehr ähnliches Bild. Bei sämtlichen Attributen stimmen Richtung und grundlegender Verlauf der Effekte überein. Auch die Rangfolge der besonders zustimmungsrelevanten Veränderungen bleibt erhalten. Die Punktschätzer des LPM fallen tendenziell etwas stärker aus, vor allem an den Rändern der untersuchten Bandbreite. Besonders sichtbar ist dies bei einer Anhebung der Mehrwertsteuer auf 21 Prozent. Das LPM weist einen Rückgang der Zustimmungswahrscheinlichkeit um rund 16 Prozentpunkte aus, gegenüber etwa 13,5 Prozentpunkten in der Conditional Logit-Schätzung. Ähnliche, aber kleinere Unterschiede zeigen sich bei einer Erhöhung der Bildungsausgaben um 20 Milliarden Euro (rund 9,7 gegenüber 8,3 Prozentpunkten) und bei einer zusätzlichen Einkommensteuerbelastung von 1.000 Euro

(etwa −11,6 gegenüber −10,3 Prozentpunkten). Bei den übrigen Ausprägungen liegen die Schätzwerte überwiegend weniger als ein bis zwei Prozentpunkte auseinander. Die Konfidenzintervalle überlappen sich weitgehend. Unterschiede in der statistischen Signifikanz ergeben sich allenfalls bei kleinen Effekten nahe null, etwa bei einer Erhöhung der Ausgaben für die soziale Sicherung um 20 Milliarden Euro, die im LPM noch einen von null verschiedenen Effekt aufweist. Insgesamt werden damit sowohl die inhaltlichen Befunde als auch die dokumentierten Nichtlinearitäten und Asymmetrien durch beide Ansätze bestätigt. Die Wahl des Schätzmodells hat somit keinen substanziellen Einfluss auf die Ergebnisse.

Ergänzend wird untersucht, welchen Anteil der Variation in der Wahlentscheidung die einzelnen Attribute erklären – also wie wichtig die einzelnen Attribute für die Entscheidung für oder gegen ein Politikpaket waren. Die AMCEs geben Richtung und Größe einzelner Effekte an, nicht aber den Beitrag eines Attributes zur Erklärungskraft des Gesamtmodells. Dazu werden partielle Bestimmtheitsmaße berechnet. Sie zeigen, welchen zusätzlichen Erklärungsbeitrag der vollständige Block der Indikatoren eines Attributes leistet, nachdem die übrigen fünf Attribute berücksichtigt wurden. Da die Wirkung mehrerer Attribute nichtlinear verläuft, werden die Ausprägungen dabei gemeinsam als kategorialer Variablenblock behandelt. Die ausgewiesenen partielle Bestimmtheitsmaße sind relative Importance-Indizes, die aus den clusterrobusten Wald-Tests abgeleitete wurden. Sie entsprechen nicht den konventionellen partiellen Bestimmtheitsmaße aus der Differenz der Residuenvarianz verschachtelter OLS-Modelle und sind daher weder mit dem Gesamt-R^2 gleichzusetzen noch als Varianzzerlegung zu interpretieren. Daher ergeben sie auch nicht additiv das Bestimmtheitsmaß des Gesamtmodells: Jedes partielle Maß bezieht sich auf die nach Kontrolle der übrigen Attribute verbleibende Restvariation und damit auf eine jeweils andere Bezugsgröße. Die Werte sind ausschließlich als relative Bedeutungsmaße im Vergleich untereinander zu lesen. Dies ist möglich, weil jede Attributsausprägung in etwa einem fiskalischen Aufkommenseffekt von 10 Milliarden Euro entspricht.

Tabelle 3-3: Importance-Analyse der Attribute

Wichtigkeit der einzelnen Attribute für die Entscheidung für ein Politikpaket

Attribut	Partielles R^2	Anteil an der Summe der partiellen Maße (Prozent)	Rang
Bildungsausgaben	0,178	28,1	1
Mehrwertsteuer	0,175	27,6	2
Einkommensteuer	0,111	17,5	3
Investitionen in die Infrastruktur	0,080	12,6	4
Verteidigungsausgaben	0,046	7,3	5
Ausgaben für Soziale Sicherung	0,044	6,9	6
Summe	0,634	100,0	—

Anmerkungen: Clusterrobuste, testbasierte partielle Bestimmtheitsmaße auf Grundlage eines gemeinsamen Tests aller Nichtreferenzstufen des jeweiligen Attributes; Standardfehler geclustert auf Personenebene. Die Anteilsspalte normiert die sechs Werte auf ihre Summe und ist als relative Gewichtung zu lesen, nicht als Varianzzerlegung. Die Summe der partiellen Maße ist kein Gesamtbestimmtheitsmaß.

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Die Rangfolge der Erklärungskraft entspricht weitgehend der Spannweite der AMCEs. An der Spitze stehen die Bildungsausgaben mit einem partiellen R^2 von 0,178 und die Mehrwertsteuer mit 0,175, die praktisch gleichauf liegen. Die beiden Attribute mit den betragsmäßig größten Einzeleffekten des Experiments bestimmen die Wahlentscheidung also auch in der Gesamtschau am stärksten. Deutlich dahinter folgt die Einkommensteuer mit 0,111. Ihr Erklärungsbeitrag erreicht trotz Aufkommensäquivalenz nur etwa zwei Drittel des Mehrwertsteuerwerts. Die Infrastrukturinvestitionen erreichen 0,080, während Verteidigung mit 0,046 und soziale Sicherung mit 0,044 die geringste Erklärungskraft aufweisen – beide Werte liegen bei rund einem Viertel des Bildungswerts. Der Befund ist konsistent mit den geschätzten Effektgrößen: Attribute mit großer Spannweite zwischen niedrigster und höchster Ausprägung verschieben die Zustimmung stärker und erklären daher mehr Variation. Bei sozialer Sicherung und Verteidigung kommt hinzu, dass ihr nichtlinearer, oberhalb von 10 Milliarden Euro abflachender Verlauf die nutzbare Variation zusätzlich begrenzt. Die Analyse fügt den AMCEs damit keinen neuen inhaltlichen Befund hinzu, präzisiert aber deren Rangfolge über ein alternatives Kriterium.

4 Fazit und Handlungsableitungen

Das Auswahlexperiment zu den Präferenzen der Bevölkerung für bestimmte Staatsausgabenkategorien und Steuern im Rahmen der IW-Personenbefragung 2025 macht sichtbar, welche finanzpolitischen Veränderungen die relative Zustimmung zu einem Politikpaket erhöhen oder verringern. Dies ist insbesondere vor dem aktuellen finanzpolitischen Hintergrund eines Spannungsfeldes aus hohem Konsolidierungs- und Finanzierungsdruck, einer gestiegenen Schuldenquote und Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte, zusätzlichen Bedarfen bei Infrastruktur und Verteidigung sowie gleichzeitigen demografischen Auswirkungen auf die Ausgaben für soziale Sicherung relevant. Trotzdem erwarten die Wähler politischen Gestaltungswillen. Das Auswahlexperiment soll daher Licht in die fiskalischen Präferenzen der Bevölkerung bringen und Handlungsoptionen der Politik bei der Zusammenstellung von Politikpaketen aufzeigen.

Im Rahmen des Auswahlexperiments wurden die Ausgabenkategorien Investitionen in die Infrastruktur, Soziale Sicherung, Verteidigung und Bildung sowie die Steuerarten Einkommensteuer und Mehrwertsteuer betrachtet. Die Auswertung zeigt plausible Präferenzverläufe, in dem Sinne das zusätzliche Staatsausgaben ceteris paribus den Nutzen der Befragten erhöhen und höhere Steuern den Nutzen senken. Im Ergebnis erhöhen auf der Ausgabenseite zusätzliche Bildungsausgaben die Zustimmung zu Politikpaketen am stärksten und auch für höhere Investitionen in die Infrastruktur ist eine deutliche Präferenz zu messen. Bei den Ausgaben für soziale Sicherung und für Verteidigung nimmt die Zustimmung dagegen bei einer deutlichen Ausweitung nicht weiter zu. Steuererhöhungen belasten die Akzeptanz eines Politikpakets deutlich stärker, als entsprechende Entlastungen sie erhöhen – besonders hoch ist dabei die Ablehnung in der Bevölkerung von Erhöhungen der Mehrwertsteuer.

Die fiskalischen Trade-offs verdeutlichen, dass der Wunsch nach höheren Ausgaben nicht automatisch mit einer entsprechenden Bereitschaft zur Übernahme zusätzlicher Steuerlasten gleichzusetzen ist. Nur für Bildung liegt die geschätzte Zahlungsbereitschaft in der Größenordnung der Mehrausgaben: Für zusätzliche 10 Milliarden Euro mehr Bildungsausgaben beträgt sie unter der fiskalischen Skalierung des Experiments rund 11,5 Milliarden Euro bei Erhöhungen der Einkommensteuer und 9,3 Milliarden Euro bei der Mehrwertsteuer. Ein Zustimmungsgewinn gegenüber dem Status quo durch eine vollständige Steuerfinanzierung ist jedoch

auch hier statistisch nicht signifikant. Für die übrigen Ausgabenbereiche überwiegt im Modell die Ablehnung der zur vollständigen Gegenfinanzierung erforderlichen Steuererhöhungen.

Ein Politikpaket, in dem die Zustimmungswahrscheinlichkeit gegenüber dem Status quo höher ist, wäre vorrangig durch Umschichtungen zu ermöglichen. Zum Beispiel jährlich 10 Milliarden Euro mehr für Bildung könnte durch gleich hohe Einsparungen bei jeder der anderen Ausgabenkategorien finanziert werden und würde die Zustimmung zu einem Politikpaket signifikant erhöhen. Daraus folgt jedoch keine pauschale politische Empfehlung, da jegliche Einsparungen auch immer auf ihre Folgen für zum Beispiel verteilungspolitische, sicherheitspolitische oder infrastrukturelle Ziele geprüft werden müssen und die Zustimmungswahrscheinlichkeit in der Bevölkerung nicht der alleinige Maßstab ist. Wer in der Politik gewünschte Steuererhöhungen mit notwendigen Bildungsausgaben erklärt, zeigt jedoch zumindest ein gutes Gespür für die Bevölkerung.

Die Heterogenitätsanalysen zeigen, dass sich die grundsätzlichen Präferenzen nach Wähleranhängerschaft parteiübergreifend vielfach überschneiden, ihre Stärke aber deutlich variiert. Bildungsausgaben werden in allen betrachteten Parteigruppen positiv bewertet. Besonders ausgeprägt ist die Präferenz bei Anhängern der Grünen, der Linken und der SPD, während sie bei AfD-Anhängern schwächer ausfällt. Für soziale Sicherung zeigen sich die größten Unterschiede: Vor allem Anhänger der Linken, aber auch der SPD und der Grünen, lehnen Kürzungen ab und befürworten Mehrausgaben, während die Reaktionen bei CDU/CSU- und AfD-Anhängern weitgehend flach sind, das heißt höhere Ausgaben erhöhen nicht die Zustimmungswahrscheinlichkeit. Verteidigungsausgaben werden insbesondere von CDU/CSU-Anhängern präferiert und bei Anhängern der AfD und der Linken sind die Reaktionen dagegen gering. Infrastrukturinvestitionen finden in allen Parteigruppen grundsätzlich Zustimmung, wobei Unterschiede eher die Stärke der Reaktion betreffen. Hingegen werden Steuererhöhungen in allen Gruppen abgelehnt, besonders deutlich bei der Mehrwertsteuer und bei Anhängern der AfD. Auch nach sozioökonomischen Merkmalen treten systematische Unterschiede hervor: Haushalte mit niedrigem Einkommen haben die stärkste Präferenz für zusätzliche Ausgaben für soziale Sicherung, während die Präferenz für Bildung mit dem Einkommen zunimmt. Ältere Befragte bewerten zusätzliche Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben positiver als die Jüngeren und Frauen bevorzugen im Vergleich zu Männern stärker soziale Sicherung und Bildung, reagieren aber auch ablehnender auf Steuererhöhungen. Nach dem Wohnort zeigen sich dagegen kaum Unterschiede bei den Ausgabenpräferenzen, außer dass im ländlichen Raum die Ablehnung höherer Einkommen- und Mehrwertsteuern stärker ist.

Sind zusätzliche Steuereinnahmen erforderlich, erscheint die Einkommensteuer als das weniger zustimmungsbelastende Instrument, insbesondere zur Bildungsfinanzierung. Eine Finanzierung von Einkommensteuersenkungen durch eine höhere Mehrwertsteuer dürfte dagegen wegen der asymmetrischen Reaktionen auf Steueränderungen die Zustimmung eher verringern. Aus den Ergebnissen lässt sich somit weder ein genereller Rückhalt für steuerfinanzierte Ausgabenausweitungen noch für ausgabenkürzungsfinanzierte Steuerentlastungen ableiten. Allerdings soll dies auch nicht die Manifestierung des Status quo bedeuten angesichts der fiskalischen Herausforderungen. Eher sprechen die Ergebnisse für die Priorisierung auf der Ausgabenseite angesichts der knappen Haushaltsspielräume. Die Politik sollte auf der einen Seite Ausgaben hinterfragen und bei der Priorisierung von Ausgabenprojekten die Akzeptanz in der Bevölkerung berücksichtigen. Die Kommunikation des Nutzens der Mehrausgaben oder der Einsparungen in einem Bereich, um andere besser zu finanzieren, kann dabei auch eine entscheidende Stellschraube sein.

5 Abstract

This study examines public preferences for government spending and taxation using a fully randomised paired conjoint experiment in the 2025 IW-Population-Survey. A total of 5,293 adults made eight choices between packages varying spending on infrastructure, social welfare, defence and education, combined with variations in the income tax and VAT. Conditional logit estimates show that an additional €20 billion in annual education spending raises a package's choice probability by 8.3 percentage points. Higher infrastructure investment is also valued positively, while support for additional social welfare and defence spending does not increase further above €10 billion. Tax increases reduce support much more than equivalent tax cuts increase it. Raising the standard VAT rate from 19 to 21 per cent lowers choice probability by 13.5 percentage points. Willingness to finance additional spending through higher taxes is limited. For €10 billion in additional education spending, respondents accept around €11.5 billion in additional income tax or €9.3 billion in VAT. Even here, full tax financing does not yield a statistically established gain in support. Preferences differ by party affiliation and socio-economic characteristics. The findings support prioritizing spending on education in budget reallocations, but do not establish majority support for specific reforms.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3-1: Trade-offs zwischen Staatsausgabenkategorien und Einkommensteuer und Mehrwertsteuer 13
Tabelle 3-2: Trade-offs zwischen den Staatsausgabenkategorien 14
Tabelle 3-3: Importance-Analyse der Attribute 24
Tabelle A-1: Unterschiede in den Präferenzen für Staatsausgaben nach Parteipräferenz 34
Tabelle A-2: Unterschiede in den Präferenzen für Steuern nach Parteipräferenz 35
Tabelle A-3: Unterschiede in den Präferenzen für Staatsausgaben nach Einkommensgruppen 36
Tabelle A-4: Unterschiede in den Präferenzen für Staatsausgaben nach Agglomerationstyp des Wohnorts 37
Tabelle A-5: Unterschiede in den Präferenzen für Staatsausgaben nach Altersgruppen 38
Tabelle A-6: Unterschiede in den Präferenzen für Staatsausgaben nach Geschlecht 39

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3-1: Präferenzen für Änderungen von Staatsausgaben und Steuern in der Gesamtbevölkerung 11
Abbildung 3-2: Präferenzen für Änderungen der Investitionsausgaben nach Parteipräferenz 15
Abbildung 3-3: Präferenzen für Änderungen der Ausgaben für Soziale Sicherung nach Parteipräferenz 16
Abbildung 3-4: Präferenzen für Änderungen der Verteidigungsausgaben nach Parteipräferenz 17
Abbildung 3-5: Präferenzen für Änderungen der Bildungsausgaben nach Parteipräferenz 18
Abbildung 3-6: Präferenzen für Änderungen der Einkommensteuer nach Parteipräferenz 19
Abbildung 3-7: Präferenzen für Änderungen der Mehrwertsteuer nach Parteipräferenz 20
Abbildung 3-8: Ergebnisse des Linear Probability Models: Präferenzen für Änderungen von Staatsausgaben und Steuern in der Gesamtbevölkerung 23
Abbildung A-1: Einleitungstext des Choice-Experiments in der IW-Personenbefragung 2025 31
Abbildung A-2: Beschreibung des Choice-Experiments in der IW-Personenbefragung 2025 32
Abbildung A-3: Aufbau der Auswahlsituation in der IW-Personenbefragung 2025 33

Literaturverzeichnis

Bardt, Hubertus / Beznoska, Martin / Demary, Markus / Grömling, Michael / Henger, Ralph / Obst, Thomas / Pimpertz, Jochen / Puls, Thomas / Schäfer, Holger / Schaefer, Thilo / Seele, Stefanie, 2026, IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026. Deutsche Konjunktur in instabiler Seitenlage, IW-Report, Nr. 20, Köln

Bartak, Jakub / Jabłoński, Łukasz / Obłąkowska, Katarzyna, 2025, Fiscal policy preferences: Evidence from conjoint experiments in Poland, in: European Journal of Political Economy, 87, 102664, https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2025.102664

Bremer, Björn / Bürgisser, Reto, 2025, Lower Taxes at All Costs? Evidence From a Survey Experiment in Four European Countries, in: Journal of European Public Policy, 32. Jg., S. 1225–1252, https://doi.org/10.31235/osf.io/e6ds9

Bremer, Björn / Bürgisser, Reto, 2023, Do citizens care about government debt? Evidence from survey experiments on budgetary priorities, in: European Journal of Political Research, 62. Jg., Nr. 1, S. 239–263, https://doi.org/10.1111/1475-6765.12505

Bundesministerium der Finanzen, 2026, Datensammlung zur Steuerpolitik. Ausgabe 2026, Berlin, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/datensammlung-zur-steuerpolitik-2026.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Deutsche Bundesbank, 2026, Deutsche Staatsschulden im Jahr 2025 um 144 Milliarden Euro auf 2,8 Billionen Euro gestiegen; Schuldenquote von 62,2 Prozent auf 63,5 Prozent gestiegen, Pressenotiz, https://www.bundesbank.de/en/press/press-releases/deutsche-staatsschulden-992720

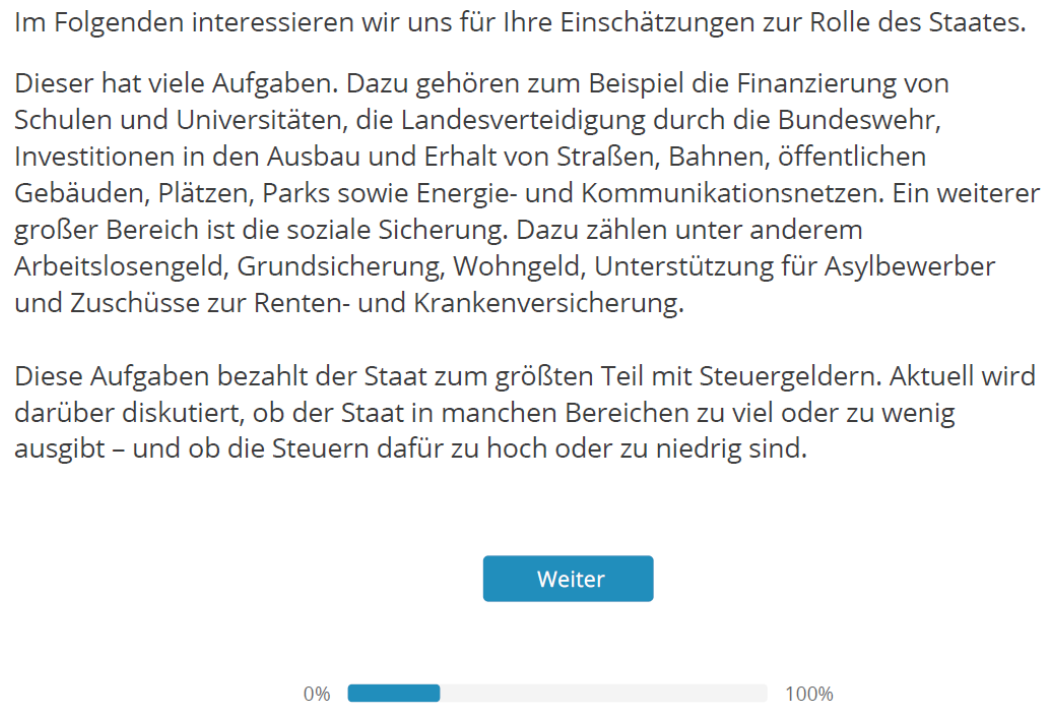
Hainmueller, Jens / Hopkins, Daniel J. / Yamamoto, Teppei, 2014, Causal Inference in Conjoint Analysis: Understanding Multidimensional Choices via Stated Preference Experiments, in: Political Analysis, 22. Jg., Nr. 1, S. 1–30, https://doi.org/10.1093/pan/mpt024

Lohse, Tim / Börger, Tobias / Meyerhoff, Jürgen / Qari, Salmai / Stotland, Andreas, 2026, Zwischen Wählerwille und Haushaltspolitik: Ausgabenprioritäten nach Parteipräferenzen, in: Wirtschaftsdienst, 106. Jg., Nr. 5, S. 369–376, https://doi.org/10.2478/wd-2026-0090

McFadden, Daniel, 1974, Conditional logit analysis of qualitative choice behavior, in: Zarembka, Paul (Hrsg.), Frontiers in Econometrics, New York: Academic Press, S. 105–142

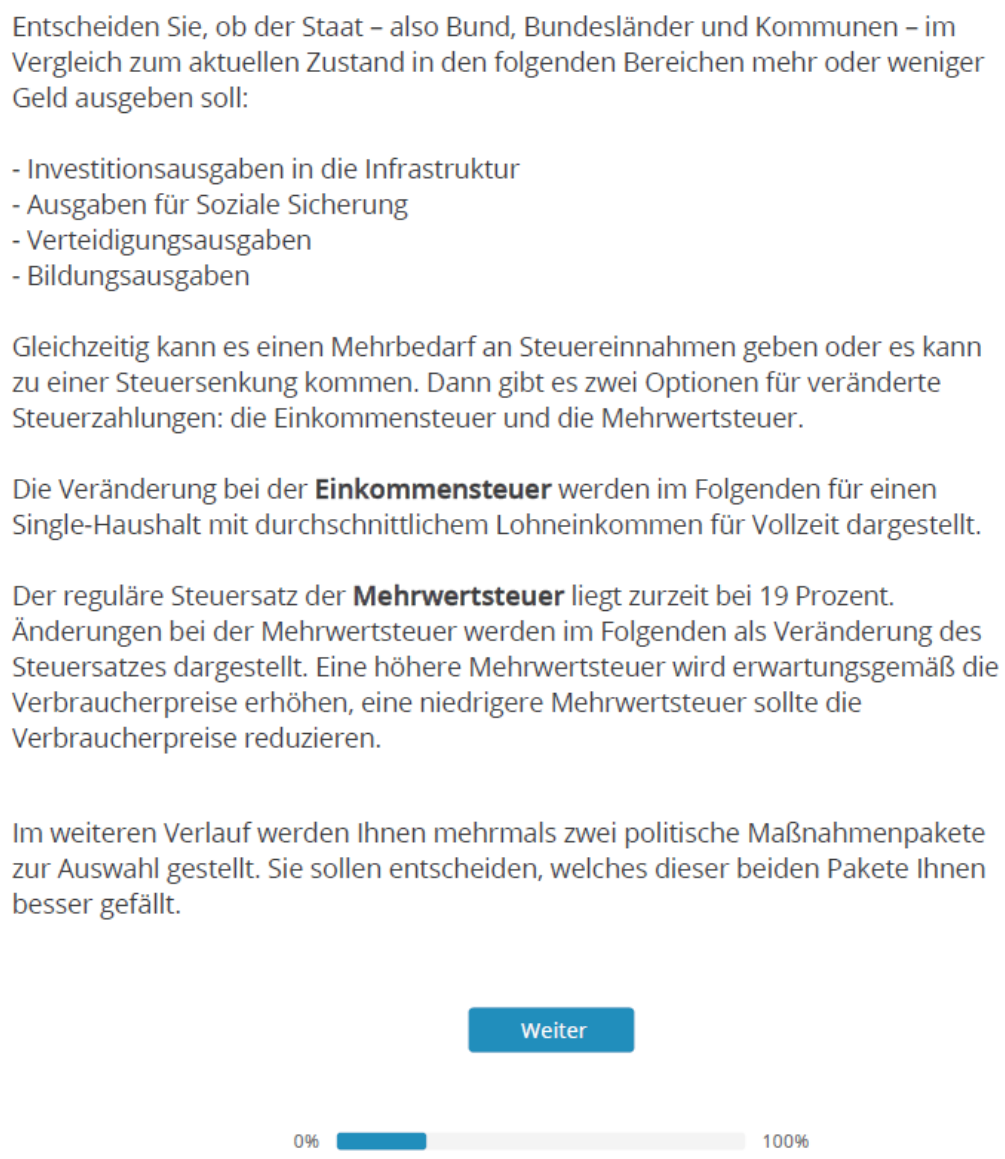
Anhang

Abbildung A-1: Einleitungstext des Choice-Experiments in der IW-Personenbefragung 2025



Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

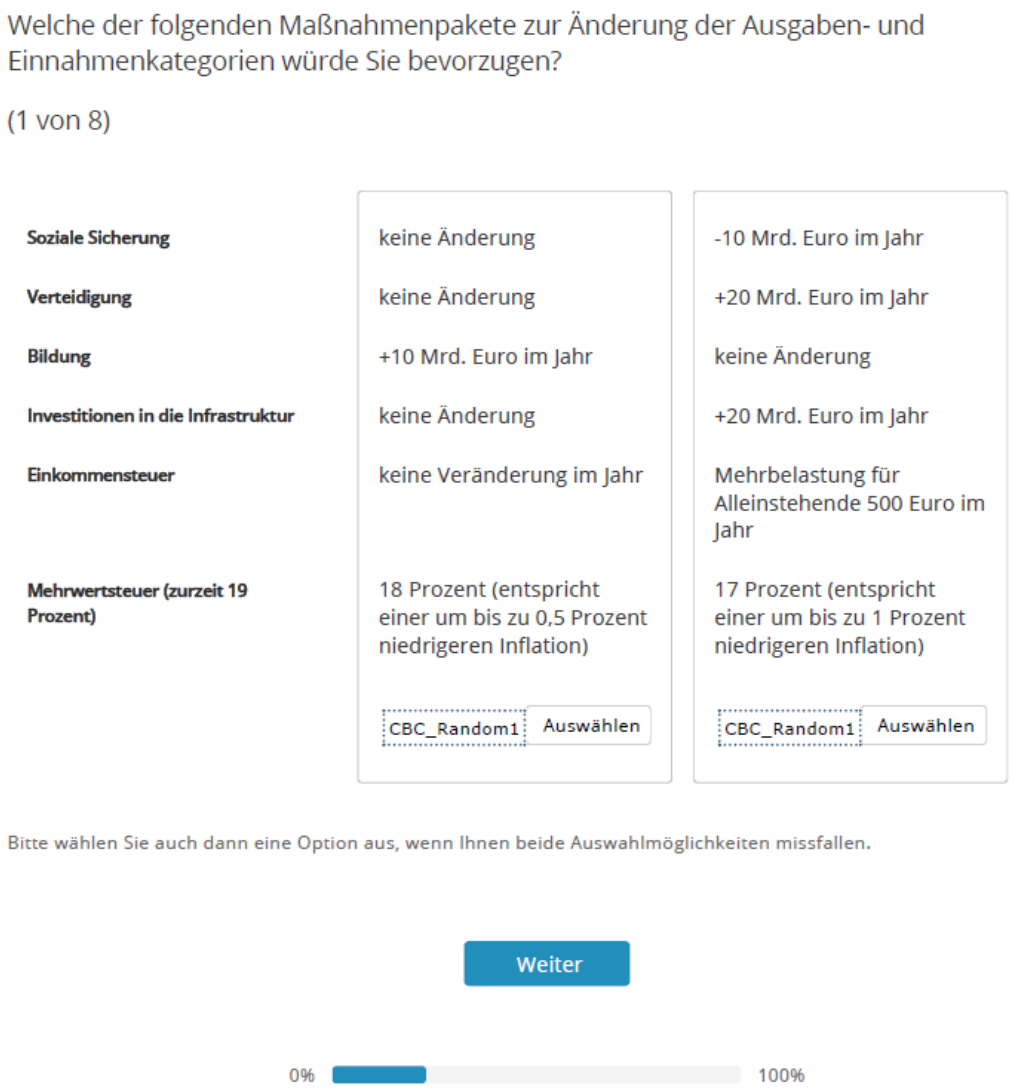
Abbildung A-2: Beschreibung des Choice-Experiments in der IW-Personenbefragung 2025



Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung A-3: Aufbau der Auswahlsituation in der IW-Personenbefragung 2025

Mit zufälligen Ausprägungen der Attribute



Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle A-1: Unterschiede in den Präferenzen für Staatsausgaben nach Parteipräferenz

Koeffizienten der Conditional-Logit-Schätzung mit Interaktionstermen für Parteipräferenz (Sonntagsfrage)

	Zustimmung			Zustimmung	
Investitionen in die Infrastruktur CDU/CSU (Basiskategorie)	0,109	***	**Soziale Sicherung** CDU/CSU (Basiskategorie)	0,020	*
	(0,011)			(0,011)	
AfD	-0,026	*	AfD	-0,031	*
	(0,016)			(0,016)	
SPD	-0,007		SPD	0,084	***
	(0,017)			(0,017)	
BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN	0,066	***	BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN	0,137	***
	(0,020)			(0,020)	
DIE LINKE	0,036	*	DIE LINKE	0,201	***
	(0,020)			(0,023)	
BÜNDNIS SAHRA WAGENKNECHT	-0,056	**	BÜNDNIS SAHRA WAGENKNECHT	0,101	***
	(0,026)			(0,026)	
FDP	-0,013		FDP	-0,040	
	(0,028)			(0,029)	
Verteidigung CDU/CSU (Basiskategorie)	0,172	***	**Bildung** CDU/CSU (Basiskategorie)	0,159	***
	(0,012)			(0,012)	
AfD	-0,166	***	AfD	-0,041	**
	(0,018)			(0,017)	
SPD	-0,061	***	SPD	0,036	*
	(0,019)			(0,019)	
BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN	-0,025		BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN	0,122	***
	(0,021)			(0,022)	
DIE LINKE	-0,196	***	DIE LINKE	0,108	***
	(0,023)			(0,024)	
BÜNDNIS SAHRA WAGENKNECHT	-0,290	***	BÜNDNIS SAHRA WAGENKNECHT	0,015	
	(0,028)			(0,030)	
FDP	-0,010		FDP	-0,030	
	(0,035)			(0,028)	

Anmerkungen: Clusterrobuste Standardfehler auf Ebene der Befragten in Klammern. Ein positiver Effekt in der Basiskategorie bedeutet, dass die Erhöhung der Staatsausgaben um 10 Milliarden Euro die Zustimmungswahrscheinlichkeit zu dem Politikpaket erhöht. Die Effekte der Parteien sind als Abweichungen zur Basiskategorie CDU/CSU zu lesen. Signifikanzniveaus: *** p< 0,01; ** p< 0,05; * p< 0,10. Ausprägungen der Staatsausgabenkategorien linearisiert (statt kategorial).

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle A-2: Unterschiede in den Präferenzen für Steuern nach Parteipräferenz

Koeffizienten der Conditional-Logit-Schätzung mit Interaktionstermen für Parteipräferenz (Sonntagsfrage)

	Zustimmung			Zustimmung	
Einkommensteuer CDU/CSU (Basiskategorie)	-0,108	***	**Mehrwertsteuer** CDU/CSU (Basiskategorie)	-0,154	***
	(0,012)			(0,011)	
AfD	-0,056	***	AfD	-0,065	***
	(0,018)			(0,018)	
SPD	-0,019		SPD	0,007	
	(0,019)			(0,018)	
BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN	-0,038	*	BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN	0,022	
	(0,021)			(0,020)	
DIE LINKE	-0,046	**	DIE LINKE	0,004	
	(0,022)			(0,022)	
BÜNDNIS SAHRA WAGENKNECHT	-0,040		BÜNDNIS SAHRA WAGENKNECHT	-0,056	*
	(0,031)			(0,029)	
FDP	-0,058	*	FDP	-0,054	
	(0,031)			(0,034)	

Anmerkungen: Clusterrobuste Standardfehler auf Ebene der Befragten in Klammern. Ein negativer Effekt in der Basiskategorie bedeutet, dass die Erhöhung der Steuern um 10 Milliarden Euro die Zustimmungswahrscheinlichkeit zu dem Politikpaket senkt. Die Effekte der Parteien sind als Abweichungen zur Basiskategorie CDU/CSU zu lesen. Signifikanzniveaus: *** p< 0,01; ** p< 0,05; * p< 0,10. Ausprägungen der Steuerkategorien linearisiert (statt kategorial).

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle A-3: Unterschiede in den Präferenzen für Staatsausgaben nach Einkommensgruppen

Koeffizienten der Conditional-Logit-Schätzung mit Interaktionstermen

	Zustimmung			Zustimmung	
Investitionen in die Infrastruktur Haushaltsnettoeinkommen bis unter 1.500 Euro im Monat (Basiskategorie)	0,083	***	**Soziale Sicherung** Haushaltsnettoeinkommen bis 1.500 Euro im Monat (Basiskategorie)	0,142	***
	(0,014)			(0,015)	
1.500 Euro bis unter 3.000 Euro im Monat	0,022		1.500 Euro bis unter 3.000 Euro im Monat	-0,061	***
	(0,017)			(0,018)	
3.000 Euro bis unter 4.500 Euro im Monat	0,019		3.000 Euro bis unter 4.500 Euro im Monat	-0,069	***
	(0,017)			(0,018)	
4.500 Euro bis unter 6.000 Euro im Monat	0,048	***	4.500 Euro bis unter 6.000 Euro im Monat	-0,081	***
	(0,018)			(0,020)	
6.000 Euro im Monat und mehr	0,029		6.000 Euro im Monat und mehr	-0,134	***
	(0,021)			(0,022)	
Verteidigung Haushaltsnettoeinkommen bis 1.500 Euro im Monat (Basiskategorie)	0,037	**	**Bildung** Haushaltsnettoeinkommen bis 1.500 Euro im Monat (Basiskategorie)	0,134	***
	(0,015)			(0,015)	
1.500 Euro bis unter 3.000 Euro im Monat	0,014		1.500 Euro bis unter 3.000 Euro im Monat	0,025	
	(0,018)			(0,018)	
3.000 Euro bis unter 4.500 Euro im Monat	0,062	***	3.000 Euro bis unter 4.500 Euro im Monat	0,057	***
	(0,019)			(0,019)	
4.500 Euro bis unter 6.000 Euro im Monat	0,053	**	4.500 Euro bis unter 6.000 Euro im Monat	0,097	***
	(0,021)			(0,020)	
6.000 Euro im Monat und mehr	0,071	***	6.000 Euro im Monat und mehr	0,076	***
	(0,024)			(0,023)	
Einkommensteuer Haushaltsnettoeinkommen bis 1.500 Euro im Monat (Basiskategorie)	-0,167	***	**Mehrwertsteuer** Haushaltsnettoeinkommen bis 1.500 Euro im Monat (Basiskategorie)	-0,188	***
	(0,016)			(0,017)	
1.500 Euro bis unter 3.000 Euro im Monat	-0,008		1.500 Euro bis unter 3.000 Euro im Monat	0,012	
	(0,019)			(0,019)	
3.000 Euro bis unter 4.500 Euro im Monat	0,032	*	3.000 Euro bis unter 4.500 Euro im Monat	0,022	
	(0,019)			(0,020)	
4.500 Euro bis unter 6.000 Euro im Monat	0,066	***	4.500 Euro bis unter 6.000 Euro im Monat	0,007	
	(0,021)			(0,021)	
6.000 Euro im Monat und mehr	0,054	**	6.000 Euro im Monat und mehr	0,011	
	(0,024)			(0,023)	

Anmerkungen: Clusterrobuste Standardfehler auf Ebene der Befragten in Klammern. Ein positiver Effekt in der Basiskategorie bedeutet, dass die Erhöhung der Staatsausgaben um 10 Milliarden Euro die Zustimmungswahrscheinlichkeit zu dem Politikpaket erhöht. Die Effekte der Einkommensgruppen ab 1.500 Euro im Monat sind als Abweichungen zur Basiskategorie zu lesen. Signifikanzniveaus: *** p< 0,01; ** p< 0,05; * p< 0,10. Ausprägungen der Staatsausgabenkategorien linearisiert (statt kategorial).

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle A-4: Unterschiede in den Präferenzen für Staatsausgaben nach Agglomerationstyp des Wohnorts

Koeffizienten der Conditional-Logit-Schätzung mit Interaktionstermen

	Zustimmung			Zustimmung	
Investitionen in die Infrastruktur Städtischer Raum (Basiskategorie)	0,111	***	**Soziale Sicherung** Städtischer Raum (Basiskategorie)	0,086	***
	(0,008)			(0,008)	
Städtisches Umland	-0,010		Städtisches Umland	-0,018	
	(0,012)			(0,013)	
Ländlicher Raum	-0,007		Ländlicher Raum	-0,019	
	(0,012)			(0,013)	
Verteidigung Städtischer Raum (Basiskategorie)	0,073	***	**Bildung** Städtischer Raum (Basiskategorie)	0,178	***
	(0,009)			(0,008)	
Städtisches Umland	0,005		Städtisches Umland	-0,002	
	(0,014)			(0,014)	
Ländlicher Raum	-0,001		Ländlicher Raum	0,016	
	(0,014)			(0,013)	
Einkommensteuer Städtischer Raum (Basiskategorie)	-0,131	***	**Mehrwertsteuer** Städtischer Raum (Basiskategorie)	-0,160	***
	(0,009)			(0,008)	
Städtisches Umland	-0,015		Städtisches Umland	-0,011	
	(0,014)			(0,014)	
Ländlicher Raum	-0,030	**	Ländlicher Raum	-0,041	***
	(0,014)			(0,013)	

Anmerkungen: Clusterrobuste Standardfehler auf Ebene der Befragten in Klammern. Ein positiver Effekt in der Basiskategorie bedeutet, dass die Erhöhung der Staatsausgaben um 10 Milliarden Euro die Zustimmungswahrscheinlichkeit zu dem Politikpaket erhöht. Die Effekte des Wohnorts im städtischen Umland und des ländlichen Raums sind als Abweichungen zur Basiskategorie zu lesen. Signifikanzniveaus: *** p< 0,01; ** p< 0,05; * p< 0,10. Ausprägungen der Staatsausgabenkategorien linearisiert (statt kategorial).

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle A-5: Unterschiede in den Präferenzen für Staatsausgaben nach Altersgruppen

Koeffizienten der Conditional-Logit-Schätzung mit Interaktionstermen

	Zustimmung			Zustimmung	
Investitionen in die Infrastruktur 35- bis 49-Jährige (Basiskategorie)	0,093	***	**Soziale Sicherung** 35- bis 49-Jährige (Basiskategorie)	0,066	***
	(0,011)			(0,011)	
18- bis 34- Jährige	0,011		18- bis 34- Jährige	0,011	
	(0,015)			(0,015)	
50- bis 65- Jährige	0,008		50- bis 65- Jährige	0,017	
	(0,014)			(0,015)	
65-Jährige und älter	0,034	**	65-Jährige und älter	0,011	
	(0,015)			(0,015)	
Verteidigung 35- bis 49-Jährige (Basiskategorie)	0,069	***	**Bildung** 35- bis 49-Jährige (Basiskategorie)	0,204	***
	(0,012)			(0,012)	
18- bis 34- Jährige	-0,036	**	18- bis 34- Jährige	-0,041	**
	(0,016)			(0,017)	
50- bis 65- Jährige	0,006		50- bis 65- Jährige	-0,040	**
	(0,016)			(0,016)	
65-Jährige und älter	0,049	***	65-Jährige und älter	-0,001	
	(0,017)			(0,016)	
Einkommensteuer 35- bis 49-Jährige (Basiskategorie)	-0,162	***	**Mehrwertsteuer** 35- bis 49-Jährige (Basiskategorie)	-0,175	***
	0,022			(0,012)	
18- bis 34- Jährige	(0,017)		18- bis 34- Jährige	0,022	
	0,013			(0,017)	
50- bis 65- Jährige	(0,017)		50- bis 65- Jährige	-0,025	
	0,039	**		(0,016)	
65-Jährige und älter	(0,016)		65-Jährige und älter	0,010	
	0,022			(0,016)	

Anmerkungen: Clusterrobuste Standardfehler auf Ebene der Befragten in Klammern. Ein positiver Effekt in der Basiskategorie bedeutet, dass die Erhöhung der Staatsausgaben um 10 Milliarden Euro die Zustimmungswahrscheinlichkeit zu dem Politikpaket erhöht. Die Effekte der Altersgruppen außerhalb der Basiskategorie sind als Abweichungen zur Basiskategorie zu lesen. Signifikanzniveaus: *** p< 0,01; ** p< 0,05; * p< 0,10. Ausprägungen der Staatsausgabenkategorien linearisiert (statt kategorial).

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle A-6: Unterschiede in den Präferenzen für Staatsausgaben nach Geschlecht

Koeffizienten der Conditional-Logit-Schätzung mit Interaktionstermen

	Zustimmung			Zustimmung	
Investitionen in die Infrastruktur Männer (Basiskategorie)	0,119	***	**Soziale Sicherung** Männer (Basiskategorie)	0,063	***
	(0,007)			(0,008)	
Frauen	-0,024	**	Frauen	0,022	**
	(0,010)			(0,011)	
Verteidigung Männer (Basiskategorie)	0,081	***	**Bildung** Männer (Basiskategorie)	0,169	***
	(0,008)			(0,008)	
Frauen	-0,013		Frauen	0,027	**
	(0,012)			(0,011)	
Einkommensteuer Männer (Basiskategorie)	-0,108	***	**Mehrwertsteuer** Männer (Basiskategorie)	-0,159	***
	(0,008)			(0,008)	
Frauen	-0,069	***	Frauen	-0,032	***
	(0,011)			(0,011)	

Anmerkungen: Clusterrobuste Standardfehler auf Ebene der Befragten in Klammern. Ein positiver Effekt in der Basiskategorie bedeutet, dass die Erhöhung der Staatsausgaben um 10 Milliarden Euro die Zustimmungswahrscheinlichkeit zu dem Politikpaket erhöht. Die Effekte für Frauen sind als Abweichungen zur Basiskategorie (Männer) zu lesen. Signifikanzniveaus: *** p< 0,01; ** p< 0,05; * p< 0,10. Ausprägungen der Staatsausgabenkategorien linearisiert (statt kategorial).

Quellen: IW-Personenbefragung 2025; Institut der deutschen Wirtschaft